

Ausgabe März 2025

Hamburger Abendblatt 28.02.2025

Die Wirtschaft kommt nicht aus der Krise. UV Nord und IHK hoffen, dass sich die neue Bundesregierung „unterhakt und Deutschland nach vorne bringt“

Stephan Steinlein

Kiel/Berlin. Die deutsche Wirtschaft ist in der Krise. Nach dem Minus von 0,3 Prozent 2023 schrumpfte Europas größte Volkswirtschaft im vergangenen Jahr um weitere 0,2 Prozent. Zwei Rezessionsjahre aufeinander erlebte Deutschland zuletzt vor mehr als 20 Jahren. Schleswig-Holsteins Wirtschaft kann sich von dem Trend nicht abkoppeln. Zwei von drei Unternehmen sahen zuletzt laut einer Umfrage der Industrie- und Handelskammer (IHK) in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen das größte Risiko für ihr Geschäft.

Nur neun Prozent der Unternehmen erwarten laut Konjunkturbarometer in den nächsten zwölf Monaten eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation. Mehr als jedes dritte Unternehmen (34 Prozent) rechnet sogar mit einer weiteren Verschlechterung. Besonders düster sieht es im Baugewerbe, in der Industrie und im Handel aus.

Die Finanzlage vieler Firmen in Schleswig-Holstein ist angespannt. Besorgniserregend sei, dass zwei von drei Unternehmen nur noch in Ersatzbeschaffungen investierten, sagt IHK-Präsident Hagen Goldbeck. „Unsere Betriebe verlieren an wirtschaftlicher Substanz.“

In Schleswig-Holstein sind rund 100.000 Menschen arbeitslos. Die Quote liegt – wie im Bundesschnitt – bei etwa sechs Prozent. Der UV Nord, also die Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein, befürchtet, dass die Zahl weiter steigen wird, weil weitere Unternehmen in die Insolvenz gehen. Das sagt dessen Präsident Philipp Murmann im Gespräch mit dem Abendblatt. Der Dachverband vertritt die Interessen von 116 Mitgliedsverbänden, 106.000 Unternehmen und 1,9 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hamburg und Schleswig-Holstein.

Die Unternehmen im Norden hoffen auf neuen Schwung nach der Abwahl der Ampel-Koalition. „Wir haben keine Parteipräferenz. Aber wir haben natürlich ein großes Interesse an einer Regierung, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ganz oben auf ihre Agenda setzt“, sagt Firmenchef Murmann. Die norddeutschen Unternehmer hoffen auf eine Regierung, die „sich



Hier arbeiten rund 500 Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner: die Raffinerie in Heide.

IMAGO/OLAF DÖRING

Abgaben, Steuern, Lohn – das fordern die Firmenchefs

unterhakt und mutig versucht, Deutschland nach vorne zu bringen“. Wenn das in den kommenden vier Jahren nicht gelinge, sieht Murmann die Gefahr österreichischer Mehrheitsverhältnisse für Deutschland – mit einer AfD als stärkster Partei im Bundestag.

Nicht nur die Stimmung, sondern auch die faktische Lage ist in vielen Unternehmen miserabel.

Philipp Murmann, UV Nord

Murmann spricht von einer tiefgreifenden konjunkturellen und strukturellen Krise. „Nicht nur die Stimmung, sondern auch die faktische Lage ist in vielen Unternehmen miserabel.“ Das gelte vor allem für die Firmen, die in internationalem Wettbewerb stehen. Sie hätten kaum die Chance, die Kostenexplosion an ihre Kunden weiterzugeben.

Mit Blick auf die anstehenden Koalitionsverhandlungen fordert der UV-Nord-Chef, die Resilienz Deutschlands voranzutreiben. Europa müsse sich angesichts der Bedrohung durch Russland unter seinem Präsidenten Wladimir Putin wehrhafter aufstellen. „Deutsch-

land muss dabei eine führende Rolle übernehmen“, fordert Murmann. In deutlich höheren Verteidigungsausgaben sieht er auch eine Chance für wehrtechnische Unternehmen in Norddeutschland.

Die neue Regierung müsse bessere Rahmenbedingungen für die Unternehmen schaffen. „Überall sind die Kosten zu hoch: die für Arbeit, die für Energie. Die Sozialversicherungsbeiträge sind zu hoch, die Stunden, die wir für Bürokratie aufwenden müssen, der Krankenstand. Wir brauchen unbedingt eine Kostenbremse“, sagt der Präsident des Unternehmensverbandes Nord.

Das fordern die Arbeitgeber in Sachen Steuern und Abgaben
Subventionen für einzelne Unternehmen oder Branchen – wie beispielsweise Northvolt sie in Heide in Milliardenhöhe kassiert – hält der Unternehmerverband für falsch. Stattdessen sollte die neue Bundesregierung in der Breite Steuern und Abgaben senken.

„Steuern sind nicht unser Hauptproblem. Das Hauptproblem sind die steigenden Nebenkosten und die Krankheitskosten“, sagt Murmann. Die Sozialversicherungsbeiträge liefern ungehindert auf die 45 Prozent zu. Und die Krankheitskosten hätten sich mit und nach Corona zum Teil verdoppelt. Die Beschäftigten sind häufiger krank als

früher, sagt der Unternehmerpräsident. „Möglicherweise wirkt sich hier die Möglichkeit der telefonischen Krankschreibung aus.“

Das fordern die Arbeitgeber in Sachen Mindestlohn

Der Anreiz in Deutschland, eine Arbeit anzunehmen, sei oft nicht groß genug. Die Menschen rechnen scharf und überlegen sich genau, ob sie arbeiten oder es lassen, sagt Murmann: „Das gilt nicht nur für Arbeitslose, sondern auch für Rentner, die bei entsprechenden Anreizen länger arbeiten würden. Wir brauchen alle diese Leute im Arbeitsmarkt.“ Entsprechende Anreize vermissen die Arbeitgeber.

Die SPD hatte im Wahlkampf eine schrittweise Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro angekündigt. Die Arbeitgeber lehnen den Vorstoß von Noch-Bundeskanzler

Olaf Scholz ab. Ein politischer Mindestlohn sei „Populismus und Gift“. Statt ihn staatlich vorzugeben, müsse allein die Kommission aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Höhe entscheiden. „Den Mindestlohn für Ungelernte so anzuheben, dass es später für die Rente reichen kann, mag ehrenwert sein. Aber es zerstört das Lohnniveau in Deutschland“, sagt der Präsident des UV Nord.

Das fordern die Arbeitgeber in Sachen Bürokratieabbau

Eine neue Regierung müsse die Unternehmen von den immer stärker werdenden Dokumentationspflichten befreien, fordert Murmann. „Lapidar formuliert, müssen wir dokumentieren, dass wir nichts gestohlen haben, dass wir niemanden betrogen haben, dass unsere Regale ordnungsgemäß angeschraubt sind, sodass sie nicht umfallen können, dass alle elektrischen Geräte überprüft und in Ordnung sind.“

Noch müssten die Unternehmen regelmäßig nachweisen, dass sie gesetzestreu handelten. Stattdessen sollten die Behörden den Unternehmen vertrauen. Murmann fordert, dass die regelmäßigen Dokumentationspflichten gestrichen und durch eine Meldepflicht ersetzt werden, die nur dann greift, wenn Probleme auftreten.



Philipp Murmann, Geschäftsführer der Zöllner Signal GmbH, steht neben einem Gemälde des früheren Geschäftsführers Rolf Murmann.

GREGOR FISCHER / DPA

Bundestagswahl 2025 Norddeutschlands Wirtschaft: Politische Entschlossenheit gefordert

UVNord-Präsident Dr. Philipp Murmann



„Das Wahlergebnis zeigt, dass die Wählerinnen und Wähler nicht nur einen Wechsel in der Wirtschaftspolitik, sondern auch einen Wechsel in der Arbeitsmarktpolitik einfordern. Jetzt gilt es, ohne zu zögern die Ärmel aufzukrempeln, Fesseln zu sprengen und die Misstrauenskultur gegenüber der Wirtschaft zu beenden. Die Wirtschaft benötigt zeitnah eine neue stabile Regierung für ein starkes Deutschland und ein starkes Europa. Vorfahrt für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung müssen wieder ganz oben auf der Agenda stehen, wenn wir unseren Wohlstand nicht weiter gefährden wollen!

Deutschland muss modernisiert werden und dafür bedarf es kompromissbereite und zukunftsgerichtete Koalitionäre. Bis Ostern benötigen wir Klarheit, wie der Neubeginn gestaltet wird.

Mit Bedauern nehmen wir die Erstarkung der extremen Ränder zur Kenntnis. Deutschland ist durch seine internationalen Verflechtungen und die dringend benötigte Fachkräfteeinwanderung zukünftig noch weit mehr auf Weltoffenheit und Vielfalt angewiesen. Da kommt eine besondere Verantwortung auf die neue Bundesregierung zu, die die Gesellschaft in schwierigen Zeiten auch zusammenhalten und mit guter Politik mitnehmen muss.“

Hamburger Bürgerschaftswahl 2025

Hamburger Wirtschaft fordert oberste Priorität für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Industriestandorts: „Ein Weiter-so wird nicht reichen – Chancen für Neuanfang nutzen“

UVNord-Präsident Dr. Philipp Murmann

„Hamburgs Arbeitgeber gratulieren den Parteien der demokratischen Mitte, auf die es jetzt ankommen wird, um Hamburg im Wettbewerb der Metropolen weiter voranzubringen. Dazu gilt es insbesondere, den Stellenwert von Wirtschaft zu erhöhen, auf den Erfolgen in der Schul- und Bildungspolitik aufzusetzen und einen Wandel in der Arbeitsmarktpolitik einzuläuten, bei dem insbesondere in der Grundsicherung Fördern und Fordern zunehmend im Fokus steht. Wir setzen darauf, dass eine starke Wirtschaftsbehörde den Hafen ambitioniert auf die Zukunft ausrichtet, mit Nachdruck den Ersatzbau der Köhlbrandbrücke sowie den Bau der A26-Ost vorantreibt und ein klares Signal sendet, die vielen maroden Brücken und Querungen zu sanieren. Wissenschaftliche Erkenntnisse und Innovationen als Grundlage für den Erfolg von morgen müssen noch stärker zu neuen Produkten und Geschäftsmodellen in Hamburg führen. Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Industriestandorts muss oberste Priorität haben. Auch bei der Vermarktung unserer Stadt muss ein Zahn zugelegt werden. Wir müssen auf den großen Messen in der Welt sichtbar bleiben, den Einzelhandel und unsere Innenstadt stärken und Touristen auch über die Kreuzfahrer willkommen heißen. Die freiwillig organisierte Wirtschaft der Stadt wird auch dem neuen Senat als loyaler Partner und Berater zur Seite stehen.“

Schleswig-Holsteinische Landeszeitung 15/16.02.2025

Weniger Niedriglohnjobs im Norden

Die Gehälter der obersten zehn Prozent sind fast dreimal so hoch wie die des untersten Zehntels

Carlo Jolly

KIEL. In Schleswig-Holstein sinkt die Zahl der Niedriglohnarbeitsplätze. Im vergangenen Jahr verdienten rund 221 000 Beschäftigte weniger als 13,79 Euro brutto pro Stunde. Dies entspricht zwei Dritteln des Durchschnittslohns. Damit ist die Zahl der Arbeitnehmer unter dieser bundeseinheitlichen Niedriglohnschwelle in Schleswig-Holstein um rund 7000 oder gut drei Prozentpunkte gefallen. Nach Angaben des Statistikamts Nord arbeiten demnach 18 Prozent der Beschäftigten

im Niedriglohnbereich, immerhin ein Prozentpunkt weniger als im Jahr davor.

Zum Stichtag im April 2024 zählten demnach Beschäftigte in Schleswig-Holstein ab einem Bruttostundenverdienst von 34,04 Euro zu den oberen zehn Prozent der Lohnskala. Beschäftigte mit einem Verdienst bis maximal 12,71 Euro bildeten dagegen die unteren zehn Prozent der Lohnskala. So erhielten die Besserverdiener den 2,7-fachen Bruttostundenverdienst der Geringverdiener.

Der Rückgang der Jobs im Niedriglohnsektor spiegelt

die Entwicklung der vorherigen Jahre wider, sagt Isabel Lupold vom Statistikamt: „Unserer Einschätzung nach ist der Rückgang damit zu erklären, dass die Verdienste der unteren Lohnbereiche durch Einmalzahlungen, Tarifabschlüsse und den Mindestlohn stärker gestiegen sind als die der oberen Lohngruppen.“

Integration Geflüchteter senkt Quote

Die Unternehmensverbände Nord zeigten sich erfreut darüber, dass nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern auch

bundesweit die Quote der Beschäftigten im Niedriglohnsektor sinkt, erklärt der Chef Michael Thomas Fröhlich: „Die Quote wird weiter abnehmen, wenn es uns gelingt, Geflüchtete und Geringqualifizierte in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren und dort weiter zu qualifizieren.“ Insbesondere für junge Frauen müsse die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessert werden.

Gewerkschaftschefin Laura Pooth vom DGB Nord erklärt: „Auch wenn die Zahl der Niedriglohnarbeitsplätze in Schleswig-Holstein leicht gesunken

ist, sind die Zahlen noch immer erschreckend hoch.“ Von weniger als 13,79 Euro brutto pro Stunde könne man kaum leben – in Vollzeit seien das kaum 1600 Euro netto.

In Hamburg sei die Beschäftigung in Branchen gestiegen, in denen häufiger Armutslöhne gezahlt würden, etwa in der Gastronomie, im Verkehr und in der Lagerlogistik, sagt Pooth. Deshalb wuchs der Niedriglohnsektor in Hamburg um 9000 auf 150 000 Beschäftigte. Pooth: „Wir brauchen einen armutsfesten Mindestlohn, wie ihn die EU-Mindestlohnrichtlinie vorsieht.“

Wie Kinder in Schulen lernen sollen, mit Geld umzugehen

Die FDP fordert mehr finanzielle Bildung im Unterricht, Schwarz-Grün hält das Angebot dagegen für ausreichend – das sagen Experten

Kay Müller

KIEL Viele Erwachsene sind mit Verträgen, Krediten und Anlagemöglichkeiten überfordert. Und für Jugendliche könnten windige Geldgeschäfte erst récht zur Kostenvorteil werden, fürchtet FDP-Fraktionschef Christopher Vogt. Er hat deswegen einen Antrag in den Landtag eingebracht, in dem er mehr Unterricht in finanzieller Bildung, mehr Material und Fortbildungen für Lehrer fordert.

„Eine gute finanzielle Bildung in der Schule leistet einen wichtigen Beitrag, um die Chancen der Schülerinnen und Schüler zu verbessern und ihre Entwicklung hin zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu stärken“, erklärt Vogt. Von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gebe es Vorschläge, die zügig in eine „nationale Finanzbildungsstrategie“ umgesetzt werden müssten. Dabei setzt Vogt auf einen hohen Praxisbezug „zum Beispiel durch das Einbeziehen externer Akteure und die Durchführung von Planspielen und ähnlichen Formaten“.

Die SPD ist dem nicht abgeneigt, setzt aber in einem eigenen Antrag darauf, dass die externen Experten neutral sind, was auch Lehrgewerkschaft GEW, Unternehmens- und Schülerverbände wie auch die Verbraucherzentrale verlangen. Schwarz-Grün sieht neue Angebote skeptisch. „Es bestehen bereits heute Fortbildungsangebote, Lehrmaterialien und ein entsprechender Praxisbezug“, schreiben Martina Balasus (CDU) und Malte Krüger



Kindern den verantwortungsvollen Umgang mit Geld beizubringen, ist ein wichtiger Teil der Erziehung. Foto: Imago/Fotostand

(Grüne) in ihrem Alternativantrag. Der Innen- und Rechtsausschuss des Landtags hat Experten zu dem Thema befragt. Ilona Ebbers, Professorin für Wirtschaftswissenschaften und ihre Didaktik an der Uni Flensburg, fordert finanzielle Bildung ab

„Jugendliche müssen erstmal sinnennehmend lesen können, um Finanzverträge richtig auswählen zu können.“

Olaf Peters
Schulleitungsverband
Schleswig-Holstein

der sechsten Klasse: „Eine Anlehnung eines schulischen Unterrichts an das OECD-Modell in Schleswig-Holstein erscheint überaus lohnenswert und zielführend.“

Auch die Verbraucherzentrale verlangt Mindeststunden für alle Schüler aller Schulformen. „Finanzielle Bildung muss das strukturelle Ungleichgewicht zwischen Ver-

braucherinnen und Verbrauchern auf der einen Seite sowie Unternehmen auf der anderen Seite berücksichtigen.“

Sozialwissenschaftler Andreas Lutter von der Uni Kiel erklärt, dass „Kinder und Jugendliche zwar über alltägliche ökonomische Erfahrungen, beispielsweise im Bereich von Konsum“ verfügen. Aber: „Immer wieder verweisen Studien auf unzureichendes wirtschaftliches Wissen.“

Die GEW meint hingegen wie CDU und Grüne, dass das Thema bereits an vielen Stellen im Unterricht verankert ist. „Es noch stärker zum Schwerpunktthema zu machen, wie die FDP fordert, halten wir in Anbetracht der vielfältigen gesellschaftlichen Herausforderungen, die Schule thematisieren muss, für nicht zielführend.“ Allerdings ist auch die Gewerkschaft für Fortbildungen und neues Unterrichtsmaterial. Michael Thomas Fröhlich will die Lehrer ebenfalls nicht überfordern, setzt daher auf außerschulische Bildung: „Für den Praxisbezug bieten sich als Blick über den Tellerrand der

Schule lokale Partnerschaften, beispielsweise mit Sparkassen oder auch Unternehmen aus dem Bereich der Bauwirtschaft an“, schreibt der Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Nord. Der Landesjugendring warnt ebenfalls vor einer zusätzlichen Belastung für Lehrer, aber auch für Schüler. Die Aktion Kinder- und Jugendschutz setzt auf Elternarbeit bei der Finanzbildung.

Und was sagen die Schüler?

„Finanzielle Unwissenheit darf nicht dazu führen, dass Schüler in kommenden Lebensabschnitten in finanzielle Schwierigkeiten geraten“, erklärt Lovis Eichhorn für die Landesschülervertretung der Gymnasien. Er setzt sich dafür ein, dass alle Schüler die nötigen Kompetenzen erwerben, „um souverän und verantwortungsbewusst mit ihren Finanzen umzugehen“. Nicht alle Schüler hätten das Fach „Wirtschaft/Politik“ an der Schule, schreibt Thilo Rackow, Landesschülersprecher der Gemeinschaftsschulen. „Wir setzen uns dafür ein, dass finanzielle Bildung ausgebaut wird, insbesondere an Gemeinschaftsschulen.“

Wie die Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein weist aber Olaf Peters vom Schulleitungsverband daraufhin, dass Jugendliche erstmal richtig „sinnennehmend“ lesen können müssen, um Finanzverträge für sich richtig auswählen zu können. „Deshalb kann die Forderung des Schulleitungsverbandes nur heißen: Neues Geld nur für die Verbesserung der Grundlagen.“

Carlo Jolly

Es war unmittelbar nach einem Sommerfest, als ein Cyberangriff das Geschäft des Autohauses Bauer komplett lahmlegte. Der Verschlüsselungsangriff zwang den Autohändler mit etlichen bekannten Marken samt Reifendienst und Standorten in Flensburg, Schleswig, Husum sowie Weddingstedt bei Heide, das Unternehmen ganz neu aufzubauen.

Es dauerte Monate, bis der Hackerangriff erfolgreich überstanden war. Da habe sie überlegt, was ein nachhaltiges Dankeschön an die Belegschaft sein könnte, erzählt Inhaberin Anja Bauer (56). „Nachhaltig könnte sein, wenn man die Arbeitszeitmodelle ändert.“ Im Autohaus sei vorher immer 40 Stunden in einer Fünf-Tage-Woche gearbeitet worden. „Die Arbeit bei uns hat immer mehr Anforderungen, wird immer schneller und immer schwieriger.“ Ein Kfz-Mechaniker kämpfe heute nicht nur mit dem Kfz-Prüfstand, mit komplexer elektronischer Fehlersuche und Software-Updates. Die Hersteller verlangten Wort und Schrift in Englisch, dazu kämen bürokratische Herausforderungen und Dokumentationspflichten. „Eine Arbeitsstunde braucht einfach viel mehr Leistung als früher“, sagt Anja Bauer.

Da stellte die Chefin ein neues Arbeitszeitmodell vor, das nicht nur die eigene 200-köpfige Belegschaft zufrieden machen, sondern auch möglichst kluge Köpfe von außen anziehen sollte: die Vier-Tage-Woche. Das Modell: jeweils neun Arbeitsstunden an vier Tagen statt acht an fünf Tagen – bei gleichem Lohn. 36 Stunden statt bislang 40. Seitdem kommt ein Teil der Belegschaft von Montag bis Donnerstag und der andere Teil von Dienstag bis Freitag: Alle zwei Wochen lockt dann ein ganz langes Vier-Tage-Wochenende. „Der Kunde merkt gar nicht, wenn wir montags nur mit halber Mannschaft arbeiten. Dienstag bis Donnerstag sind wir sogar länger da, weil wir neun Stunden arbeiten und freitags weniger Mitarbeiter haben“, erklärt die Unternehmerin.

Knackpunkt: 24 statt 30 Tage Urlaub

Seit fast anderthalb Jahren arbeiten sie jetzt so im Autohaus. „Ich habe versucht, die Produktivität zu errechnen. Aber man kann menschliche Produktivität schwer in Zahlen fassen“, sagt Anja Bauer.

Wo die Beschäftigten auf die Vier-Tage-Woche abfahren

Fünf Tage sind passé: Das Flensburger Autohaus Bauer arbeitet seit anderthalb Jahren statt 40 nur noch 36 Stunden – bei gleichem Lohn



Gute Laune angesichts der viertägigen Arbeitswoche im Autohaus: Gunnar Jessen, Hauke Petersen, Inhaberin Anja Bauer und Vanessa Redant (von links). Foto: Carlo Jolly

„Ich glaube, dass wir so produktiver sind.“

Anja Bauer
Autohändlerin

gepasst, weil die Mitarbeiter nur noch vier Tage freinehmen müssen für eine Woche.“ 24 statt 30 Tage Urlaub. Das sei eigentlich das gleiche. Es bleibt bei sechs Wochen. „Es gab dann einen Riesenaufschrei“, erinnert sie sich: „Sie klauen uns doch Urlaub.“

Vertriebler Gunnar Jessen (57) aus dem Lkw-Verkauf hat es exakt ausgerechnet: 1656 gegenüber 1768 Sollstunden. 112 Stunden Differenz. Das

„Anfangs war das nicht so euphorisch angenommen.“

Gunnar Jessen
Lkw-Verkäufer

sind beim Acht-Stunden-Tag 14 Tage. „Anfangs wurde das nicht so euphorisch angenommen. Es gibt zum Beispiel den

Mai. Vier Tage trotz Feiertag?“ Da habe er eine Excel-Tabelle gemacht. Jessen findet: „Es gibt mehr Möglichkeiten, am freien Tag Sport zu machen. Ich habe immer montags frei für Ämter- und Arzttermine.“ Und der Tatort-Krimi sei nun nicht mehr sein Start in die Woche.

Ein letzter Mitarbeiter im alten Modell

Ein paar wenige Kündigungen habe es in der Umstellungszeit gegeben. Heute arbeite nur noch ein einziger Mitarbeiter nach dem herkömmlichen 40-Stunden-Modell. Anja Bauer sagt, es gebe jetzt viele Mitarbeiter mit viel mehr Geld. „Wer mehr arbeiten möchte, bekommt die Stunden sofort bezahlt.“ Dabei sei es nicht so, dass der Vorgesetzte die Arbeit anweist, sondern man könne sich anbieten, wenn viel zu tun ist. Der Blick auf die Arbeit werde automatisch anders, glaubt die Chefin: „Wenn

Arbeit da ist, arbeiten wir, und wenn nicht, nehmen wir frei.“

Serviceleiter Hauke Petersen, ein erfahrener Mittfünfziger, sieht gleich mehrere Vorteile. „Die Lehrlinge, die was dazuerlernen wollen, müssen am fünften Tag nicht mehr Pizza ausfahren.“ Am reizvollsten seien vier Tage am Stück frei: „Früher war das ein Highlight, heute haben wir es im Zwei-Wochen-Rhythmus.“

„Es fühlt sich so an wie ein Miniurlaub“, findet auch Serviceassistentin Vanessa Redant (28). Im ersten Moment finden es viele Bekannte komisch, denen sie davon erzählen. Doch auch sie sieht viele Vorteile, auch weil mehr Vertrauen bei den Übergaben vor freien Tagen notwendig sei. „Wir unterstützen uns gegenseitig noch intensiver.“

Montag oder Freitag frei

Anja Bauer sagt, sie finde die gesamte Stimmung heute grundsätzlich viel entspannter. „Obwohl wir insgesamt nicht viel weniger arbeiten, weil die Hälfte Überstunden macht.“ Jede Abteilung entscheide selbst. Die Lackiererei zum Beispiel habe freitags immer geschlossen. Im Büro hat eine Mitarbeiterin montags das freie, die andere freitags. „Das Schöne ist die Variabilität“, sagt Hauke Petersen.

„Wenn ich das in der IHK präsentiere, dann sagen die immer: Wir brauchen mehr Arbeitsleistung statt weniger. Das ist doch der völlig falsche Weg“, berichtet die Chefin, die auch Vize-Präsidentin der Industrie- und Handelskammer und Kfz-Vize-Innungsmeisterin ist. „Ich glaube aber, dass wir so produktiver sind. Man ist ausgeruhter und schafft mehr.“

Die Unternehmerin räumt ein, dass das Modell teurer sei: „Es kostet uns mehr, weil wir ja die Überstunden bezahlen. Wir haben aber auch mehr Bewerbungen und können aussuchen.“ Und mit mehr guten Leuten bringe man insgesamt eine bessere Leistung. Dennoch habe man an vielen kleinen Rädern drehen müssen, damit sich nicht so viel auf einem Schreibtisch ansammelt, wenn jemand vier Tage weg ist. Das Modell funktioniere nicht nur in der Zentrale, sondern sogar in den kleineren Filialen in Husum, Heide und Schleswig mit weniger Mitarbeitern. Dazu gebe es auch noch weniger Krankheitstage. Gunnar Jessen findet: „An einem langen Wochenende kann ich mich wunderbar erholen.“

DAS SAGT DER UNTERNEHMENSVERBAND UV NORD

„Passt nicht in die Zeit“

Es gebe viele verschiedene Modelle, ob mit oder ohne Stundenreduzierung oder ob mit und ohne Lohnausgleich, erklärt Sebastian Schulze vom Unternehmensverband UV Nord. Interessierte Betriebe wählten das für sich und die Mitarbeitenden passende Modell ganz individuell. Es gebe aber auch Mitarbeiter, die relativ schnell erkennen würden, dass die Vier-Tage-Woche mit längeren Arbeitstagen doch nichts für sie ist und dann zurück wechseln.

Nach Auffassung des UV Nord passen Modelle mit Arbeitszeitreduzierung aber grundsätzlich nicht in die Zeit. „Nur um unseren Wohlstand zu erhalten, müssen wir zukünftig mehr als weniger arbeiten“, sagt Schulze. Das Arbeitsvolumen pro Kopf in Deutschland müsse erhöht und nicht reduziert werden. Die für eine Arbeitszeitverkürzung benötigten Produktivitätszuwächse seien in vielen Branchen gar nicht möglich.

jol

Misstrauen als Gesundheitsrisiko

In Schleswig-Holstein legen kranke Mitarbeiter häufiger ein Attest vor als nötig – Krankenkassen und Gewerkschaften haben dazu eine andere Einstellung als die Wirtschaft

Margitta True

Kaum lief die politische Debatte um die telefonische Krankschreibung aus, begann schon eine neue Diskussion zum Thema Fehlzeiten: Im „Handelsblatt“ hatte Allianz-Chef Oliver Bäte einen unbezahlten Karenztag bei Krankmeldung gefordert.

Angesichts aktuell sinkender Krankenzahlen warnt nun Cord-Eric Lubinski, Leiter der schleswig-holsteinischen DAK-Vertretung, vor einer „Misstrauenskultur“.

„Misstrauen ist ein Zeichen negativer Wertschätzung und als solches selbst ein Gesundheitsrisiko.“

Cord-Eric Lubinski
DAK Schleswig-Holstein

Das macht er auch fest am Ergebnis einer Forsa-Beschäftigtenbefragung im Auftrag der DAK Gesundheit. Danach gaben fast 60 Prozent der Versicherten in Schleswig-Holstein an, ab dem ersten Fehltag ein ärztliches Attest vorgelegt zu haben – dabei sind dies nur in 24 Prozent der Fälle notwendig gewesen.

Lubinskis Schlussfolgerung: Die Beschäftigten wollten „nicht dem Verdacht ausgesetzt zu sein, sie würden ohne triftigen Grund der Arbeit fernbleiben“.

Das sei kontraproduktiv, so Lubinski, auch aus wirtschaftlicher Sicht. „Es fördert nicht den Einsatzwillen der Beschäftigten, sondern hemmt ihre Leistungsfähigkeit. Misstrauen ist ein Zeichen negativer Wertschätzung und als solches selbst ein Gesundheitsrisiko.“ Den bisherigen Anstieg bei Fehlzeiten sieht Lubinski im Effekt der elektronischen Krankmeldung.

Die AOK Nordwest bietet eine weitere Erklärung. Die



Krankschreibung besonders häufig wegen Erkältungen: Wer mit Infekt zur Arbeit geht, riskiert, Kollegen anzustecken.

Foto: imago/Bihlmayerfotografie

Von wegen Blaumachen

MEINUNG



Margitta True
mtrue@shz.de

Mit Statistiken ist es so eine Sache, auch bei den Fehlzeiten. Wer für sich

beanspruchen kann, früher den gelben Schein für die Krankenversicherung immer ins Kuvert und dann in den Briefkasten gesteckt zu haben, kann sich zurücklehnen. Wer das ab und an versemelt hat, könnte nichtsahnend zu Fehldeutungen der Krankenstände beigetragen haben.

Die Digitalisierung bietet jetzt verlässlichere Daten. Und die lassen Schlussfolgerungen, dass Menschen per Krank-

schreibung blaumachen, aktuell nicht zu. Zwar bieten auch die Zahlen der Kassen immer nur Ausschnitte, doch immerhin: Sie zeigen Trends auf.

Und die wiederum lassen Raum, ganz neu zu denken. Warum liegt der Norden trotz rückläufiger Fehlzeiten über dem Bundesschnitt? Wieso zählen psychische Erkrankungen zu den Spitzenreitern bei den Diagnosen, und – vor allem – was ist jetzt zu tun?

Kasse meldete im vergangenen Jahr 76 Ausfälle pro 100 Versicherten, allein im Zeitraum Januar bis August 2024 – 85 Prozent mehr als der Durchschnitt der Jahre 2014

bis 2021. Vorstandschef Tom Ackermann vermutet eine erhöhte Empfänglichkeit für Infektionen und die „neuen, zusätzlichen viralen Erkrankungen der letzten Jahre“.

Gegen die These des Blaumachens spricht auch eine bundesweite Befragung von 2021 des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der vor „Präntismus“ warnt, der

Anwesenheit trotz Krankheit. Danach hatte mit 48 Prozent fast jeder Zweite geantwortet, in den zwölf Monaten davor mindestens einmal mit Krankheitsgefühl gearbeitet zu haben, jeder Dritte eine Woche und länger. Einen Zusammenhang sieht der Verband mit der Angst vor Arbeitsplatzverlust.

Unter den drei Spitzenreitern bei den Diagnosen zu Fehlzeiten gehören außer Atemwegs- sowie Muskel- und Skeletterkrankungen auch psychische Befunde. Das gilt selbst bei jetzt rückläufigen Zahlen: Die DAK meldet für 2024 in diesem Bereich rund 375 Fehltage pro 100 Versicherten, im Vergleich zum Vorjahr ein Minus von 2,8 Prozent im Norden.

DGB Nord-Chefin Laura Pooth sieht eine Ursache der psychischen Erkrankungen in der „durch Digitalisierung und Fachkräftemangel nachweislich gestiegenen Arbeitsverdichtung“.

Einen möglichen Bezug zwischen Gesundheit und Job bieten die Forsa-Daten der DAK: 70 Prozent der befragten Schleswig-Holsteiner, die mit ihrem Job zufrieden sind, hatten in den zwölf Monaten davor mindestens eine Krankschreibung. Bei den Unzufriedenen waren es sechs Prozentpunkte mehr. „Beschäftigte, die mit ihrer Arbeit zufrieden sind, melden sich seltener krank“, schließt Lubinski. Seine Forderung: die „großen Chancen im betrieblichen Gesundheitsmanagement“ zu nutzen.

Auch Gewerkschaften drängen auf Nachbesserung seitens der Unternehmen in Bezug auf Prävention. Laura Pooth zählt dazu neben einer „natürlich angemessenen Bezahlung“ auch betriebliche Mitbestimmung sowie einen effektiven Arbeits- und Gesundheitsschutz. „Unternehmen, denen die Gesundheit ihrer Beschäftigten wichtig ist, führen gründliche Gefährdungsbeurteilungen durch, um daraus gezielt Maßnahmen zum Beispiel zur Redu-

zierung von psychischen Belastungen ableiten zu können.“ Damit liegt der Ball im Spielfeld der Arbeitgeber.

Gesundheitsmanagement sei längst im Portfolio der Firmen enthalten, sagt Sebastian Schulze vom Unternehmensverband (UV) Nord: „Das haben sie schon lange auf der Agenda“, ansonsten würden sich die Unternehmer „ins eigene Fleisch schneiden“.

„Wir brauchen Mitarbeiter, die gesund und leistungsfähig arbeiten können. Das ist ein Geschäftsmodell.“

Sebastian Schulze
Unternehmensverband Nord

Benefits wie Rückenschule oder Fitnesscenter-Gutscheine gehörten zur Zeit des Fachkräftemangels zum Gewinnen und Halten von Mitarbeitern. Ebenso Aktionen wie bezuschusster, gemeinsamer Sport: „Wir brauchen Mitarbeiter, die gesund und leistungsfähig arbeiten können. Das ist ein Geschäftsmodell“, sagt Schulze.

„Wenn man 25 Mitarbeiter hat, aber es sind gefühlt nur 13 da“, belastete das zum einen die Firma, zum anderen die verbliebenen Kollegen. Daher auch die kritische Einstellung zur telefonischen Krankschreibung und die Forderung nach dem Arztbesuch, „um eine gewisse Schwelle zu haben“, sich krankzumelden.

Laura Pooth denkt jedoch bei Prävention an mehr, etwa an regelmäßige Weiterbildungsangebote von der Ausbildung bis zur Rente, um Beschäftigte zu befähigen, „auch zukünftig den Anforderungen ihrer Arbeit gerecht zu werden“. Das gebe gerade in Zeiten permanenter technologischer und gesellschaftlicher Veränderungen Sicherheit, „und ist damit von großer Bedeutung für die psychische Gesundheit“.

Belttunnel: Mehr als 100 Firmen aus dem Norden am Bau beteiligt

Viele kleine und mittelständische Unternehmen beauftragt – IHK lobt: „Erfreuliche Entwicklung“

VON MANUEL BÜCHNER

OSTHOLSTEIN/LÜBECK. Der Fehmarnbeltunnel zwischen Fehmarn und Dänemark gehört zu den größten Infrastrukturprojekten Europas. Laut Tunnelbauer Femern A/S sind am Bau des 7,4-Milliarden-Euro-Projekts bisher rund 1000 Unternehmen aus 20 Ländern beteiligt. Aus Deutschland mischen 161 Firmen mit, die überwiegende Mehrheit davon aus dem norddeutschen Raum, alleine 64 aus Schleswig-Holstein.

Rüdiger Schacht, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK zu Lübeck, spricht mit Blick auf die beteiligten Unternehmen von einer „erfreulichen Entwicklung für die Region“. Der Präsident des Unternehmensverbandes Nord, Philipp Murmann, sieht ein klares Signal: „Es zeigt

sich bereits in der Bauphase, dass die Region und der gesamte Norden profitieren.“

Die Aufgaben der Firmen sind von Erdbau-, Stahl- und Betonarbeiten bis zur Entsorgung und Sicherheit vielfältig. Häufig handele es sich um kleine und mittelständische Unternehmen, sagt Denise Juchem, Sprecherin von Femern A/S. Schacht begrüßt das. „Zu klein gibt es nicht. Ich empfehle jedem Unternehmen, das Kapazitäten hat, an Ausschreibungen teilzunehmen.“

Mirko Schönfeldt ist Geschäftsführer von Baltic FS aus Neustadt, einem Zusammenschluss von rund 20 regionalen Unternehmen mit mehr als 10.000 Mitarbeitern. Sein Ziel: Die Wirtschaft vor Ort soll möglichst umfassend am Tunnelprojekt partizipieren. Er fordert: Politik und Bauherren wie Femern A/S, Deutsche

Bahn und Straßenbauer De- ges müssten die großen Unternehmen beziehungsweise Baukonsortien, die sie beauftragen, noch mehr dazu anhalten, die regionale Wirtschaft zu beteiligen. „Das ist für Baltic FS seit über 13 Jahren ein zentrales Anliegen.“

Ich empfehle jedem Unternehmen, das Kapazitäten hat, an Ausschreibungen teilzunehmen.

Denise Juchem, Femern A/S

Der Bau des Belttunnels – für Schönfeldt ein Lichtblick in dunklen Zeiten. „Firmen wandern ins Ausland ab, unsere wirtschaftliche Entwicklung ist negativ. Das Projekt ist aber konjunkturunabhängig.“ Der Unternehmer

schätzt, dass ein dreistelliger Millionenumsatz zwischen Lübeck und Fehmarn verbleibt. „Die neue Schienentrasse durch Ostholstein und der Sundtunnel sind da noch nicht mit inbegriffen. Am Ende wird es sicherlich eine halbe Milliarde Euro sein.“

Doch es sind auch große Akteure vor Ort. Beispiel Zeppelin Rental aus München mit über 200 Standorten in Deutschland und dem europäischen Ausland. Das Unternehmen hat 2022 eine Mietstation für Baumaschinen auf Fehmarn eröffnet. Und aus der Lübecker Niederlassung liefert Sülzle Stahlpartner, einer der größten Bewehrungsstahl-Händler und Biegebetriebe Deutschlands, nach Angaben des Unternehmens rund 15.000 Tonnen Betonstahl für das deutsche Tunnelportal auf Fehmarn. **Lokales**

Schleswig-Holsteinische Landeszeitung 24.01.2025

Welcome-Center: Ernüchternde Bilanz

Die neue Stelle für dringend gesuchte ausländische Fachkräfte kann noch keine Erfolgswahlen vorlegen

Carlo Jolly

Lediglich fünf ausländische Arbeitskräfte hat das im Dezember 2023 eröffnete neue Welcome-Center Schleswig-Holstein im ersten Jahr vermittelt. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der SPD-Landtagsfraktion hervor. Wird die neue Kieler Schnittstelle zwischen Unternehmen aus dem Land sowie Fachkräften und Studenten aus dem Ausland zum Rohrkreierer? Denn: Bis zu 12000 Arbeitskräfte aus anderen Regionen aus dem In- und Ausland braucht die Wirtschaft in Schleswig-Holstein künftig jedes Jahr, um die Arbeitskräfte- lücke zwischen den in Rente gehenden sogenannten Babyboomern und der zahlenmäßig kleineren nachwachsenden Generation zu schließen.

„Diese Bilanz der Landesregierung als Arbeitsvermittle-

Viele Hürden

MEINUNG



Carlo Jolly
jol@shz.de

Fünf Vermittlungen ausländischer Fachkräfte auf den zu schnell alternden Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein? Das ist für

rin ist angesichts der enormen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt inakzeptabel und beschämend“, sagt SPD-Wirtschaftspolitiker Kianusch Stender. Seine Rechnung: Prognosen zufolge fehlten in Schleswig-Holstein bis 2035 180000 Fachkräfte. Wenn die

das mit viel Aufmerksamkeit gestartete Welcome-Center des Landes keine ermutigende Jahresbilanz. Da kann der Wirtschaftsminister noch so oft darauf verweisen, dass die direkte Jobvermittlung gar nicht dessen Hauptaufgabe ist.

Zur Wahrheit gehört für die sogenannte Blue-Card aber auch, dass die deutsche Sprache für die dringend benötigten akademischen Fachkräfte oder Softwareentwickler eine nicht zu unterschätzende

Anzahl in dem Tempo voranschreite, bräuchte es 36000 Jahre, um diesen Bedarf über das Welcome-Center zu decken. SPD-Fraktionschefin Serpil Midyatli sieht im einzigen Standort Kiel das Hauptproblem und verlangt eine dezentrale Lösung mit Anlauf-

Barriere darstellt – neben großem bürokratischem Aufwand.

Spricht man mit Unternehmern, gibt es zwar durchaus Lob für die Idee des Welcome-Centers. Schnell wird aber klar: Auch die relativ hohen Mindestlohngrenzen für Spezialisten von fast 60000 Euro pro Jahr sind eine hohe Hürde. Zum Schnäppchenpreis sind Hochqualifizierte auch aus dem Ausland mit Blue-Card nicht zu haben.

stellen in mehreren Regionen. 199 der 516 Beratungsanfragen im Welcome-Center kamen 2024 von Personen aus dem Ausland. Regionale Unternehmen hätten 228 Anfragen gestellt. Drei der fünf Vermittlungen betreffen die Gesundheitswirtschaft, eine

den Maschinenbau und eine das Bäckerhandwerk.

Sebastian Schulze vom Unternehmensverband (UV) Nord nahm die neue Anlaufstelle in Schutz: „Leider sind die Regelungen rund um das Thema Fachkräfteeinwanderung und Anerkennung von Abschlüssen nicht wirklich komfortabel.“ Das Center helfe sehr gut durch den Regelungsdschungel. Deutschland müsse aber auch wesentlich attraktiver für Arbeitssuchende aus dem Ausland werden.

Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (CDU) erklärte, nun werde die Ansprache internationaler Fachkräfte verstärkt. Zudem würden mehr Beratungsleistungen für Firmen und internationale Fachkräfte erbracht. Madsen: „Obwohl die direkte Vermittlung von Fach- und Arbeitskräften nicht zur Hauptaufgabe gehört, erwarten wir, dass die Zahl durch diese Maßnahmen weiter steigen wird.“

Jetzt hat Trump wieder das Sagen

Unternehmen in Schleswig-Holstein sehen in zweiter Amtszeit auch Chancen

VON JONAS BICKEL

KIEL/WASHINGTON. Nun ist er wieder offiziell im Amt: Donald Trump ist am Montag feierlich zum 47. Präsidenten der USA ernannt worden. Die Verteidigungszeremonie fand wegen eisiger Temperaturen nicht wie üblich im Freien vor Zehntausenden Menschen statt, sondern im Kapitol. In seiner Antrittsrede versprach der neue US-Präsident der Nation ein „goldenes Zeitalter“. Er sei von Gott ersonnen worden, um Amerika wieder groß zu machen. Trump kündigte an, das Militär an die Südgrenze der USA zu schicken und den „nationalen Notstand“ auszurufen, um eine „Invasion“ von Migranten zu stoppen. Außerdem will er erneut das Pariser Klimaabkommen kündigen.

Trumps zweite Amtszeit könnte auch Auswirkungen auf Schleswig-Holstein haben. So kündigte Trump beispielsweise hohe Zölle auf Importe an, um den US-Markt zu schützen. Die Wirtschaft in

Schleswig-Holstein befürchtet durch den Regierungswechsel in den USA negative Folgen, rät aber auch zur Gelassenheit.

„Eine zweite Amtszeit Donald Trumps könnte die Handelsbeziehungen durch protektionistische Maßnahmen und harte Verhandlungen vor neue Herausforderungen stellen“, sagte Außenhandlex-

pertin Julia Körner von der Industrie- und Handelskammer (IHK) Kiel. Die USA seien ein zentraler Handelspartner Schleswig-Holsteins mit einem wachsenden Absatzmarkt. So stiegen zwischen 2003 und 2023 die Exporte in die USA um 243 Prozent. Laut einer Analyse des Instituts für Weltwirtschaft waren die USA zuletzt mit einem Anteil von

mehr als acht Prozent der dritt-wichtigste Exportmarkt für die schleswig-holsteinische Wirtschaft.

Besonders viel exportieren unter anderem Medizintechnikhersteller aus Schleswig-Holstein in die USA. „Die Auswirkungen neuer US-Zölle wären gravierend“, sagt Körner. Deswegen brauche es gemeinsame Lösungen mit den

USA und mehr Handelsabkommen mit anderen Ländern.

Darauf drängt auch der Unternehmensverband UV Nord. „Wichtig ist, dass die neue Bundesregierung Trump und seine Administration ernst nimmt und einen Deal macht, der die ansonsten drohende Strafzollspirale verhindert“, sagt Hauptgeschäftsführer Michael Thomas Fröhlich.

Insgesamt bleibe Fröhlich aber zuversichtlich. „Die norddeutsche Wirtschaft kann Krise, und sie kann Trump“, sagt er. „Wir sind nicht unvorbereitet und haben in der ersten Amtszeit dazugelernt.“

Schleswig-Holstein könne von dem Regierungswechsel aus seiner Sicht auch profitieren. Trump wolle Europa dazu drängen, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen. Dies könnte mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze in der wehrtechnischen Industrie im Norden zur Folge haben.

Friedrich Merz kann Machtwechsel „etwas Positives abgewinnen“

Kanzlerkandidat Friedrich Merz kann der Amtseinführung Trumps mit Blick auf die europäische Sicherheit „durchaus etwas Positives abgewinnen“. Beim Besuch der U-Boot-Werft TKMS in Kiel hat der CDU-Chef daran erinnert, dass der neue US-Präsident die Europäer zu größeren Verteidigungsausgaben dränge. Das sei im Grunde zwar trivial. „Aber diese Amtseinführung wird Prozesse beschleunigen, die wir ohnehin machen müssen.“



Wahlkampfbesuch bei TKMS: CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz will den Bundeshaushalt um 30 Milliarden Euro für Verteidigungsausgaben erhöhen.

» WIRTSCHAFT REGIONAL | 8

» TAGESTHEMA/LEITARTIKEL | 2

Schleswig-Holsteinische Landeszeitung 21.01.2025

Nord-Wirtschaft für Trump gewappnet?

Für Schleswig-Holsteins Exporteure sind die USA wichtiger denn je – umso größer ist die Sorge vor Zöllen

Carlo Jolly

Schleswig-Holsteins Wirtschaft blickt aufmerksam auf die zweite Amtszeit von US-Präsident Donald Trump – und mit ein bisschen Sorge: „Die USA sind ein zentraler Handelspartner Schleswig-Holsteins mit einem wachsenden Absatzmarkt“, sagt Björn Ipsen, Chef der IHK Schleswig-Holstein. Zwischen 2003 und 2023 seien die Exporte des Landes in die USA um 243 Prozent gestiegen. Mit 16 Prozent mit Abstand wichtigster Exporteur seien die Hersteller pharmazeutischer Erzeugnisse, gefolgt von Maschinen, medizinischen Geräten und Kunststoffen.

Die zweite Amtszeit Donald Trumps könne die Handelsbeziehungen vor Herausforderungen stellen, da Trump angekündigt hat, auf eine Politik zu setzen, die die heimische US-Wirtschaft schützen sollte,

Geschäfte in Gefahr

MEINUNG



Carlo Jolly
joll@shz.de

Zumindest wirtschaftlich kann dem kleinen Schleswig-Holstein doch gleich-

gültig sein, wohin sich Handelsriebe und Weltmacht USA in Donald Trumps zweiter Amtszeit entwickelt? Von wegen. Die gesamte Exportregion zwischen Nord- und Ostsee sowie ihre Schlüsselbranchen Pharmazie, Medizintechnik und erneuerbare Energien würden den Protektionismus und eine Rolle rückwärts bei Windkraft & Co. unmittelbar zu spüren bekommen. Schließlich sind die Geschäfte schleswig-holsteinischer Exporteure

über den großen Teich in den vergangenen zwei Jahrzehnten rasant gestiegen.

Eine andere in Schleswig-Holstein bedeutende Branche dürfte in jedem Fall von Trumps Amtszeit profitieren: Die Rüstungsindustrie im Norden wird wachsende Geschäfte schon deshalb verzeichnen, weil Europa seine Verteidigung stärker selbst in die Hand nehmen muss. Die Wehrtechnikbranche hat schon im November nach der Wahl die Sektorkorken knallen lassen.

sagt Ipsen. „Die Auswirkungen neuer US-Zölle wären dabei gravierend.“ Ein Handelskrieg kenne nur Verlierer. Daher brauche es gemeinsame Lösungen mit den USA – und mehr Handelsabkommen mit anderen Ländern. Auch auf Trumps Unberechenbarkeit

werde sich die Wirtschaft im Land einstellen.

Ähnlich äußert sich der Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Nord, Michael Thomas Fröhlich. „Die norddeutsche Wirtschaft kann Krise und sie kann Trump“, sagt er. „Wir sind

nicht unvorbereitet und haben in der ersten Amtszeit dazugelernt.“ Die wöchentlichen Hiobsbotschaften aus Washington würden selten so heiß gegessen wie gekocht. Wichtig sei, dass die neue Bundesregierung Trump und seine Administration ernst

nehme und einen Deal mache, der die ansonsten drohende Strafzollspirale verhindere. Und: „Schleswig-Holstein könnte auch profitieren, wenn Trump an dem Fünf-Prozent-Ziel für Verteidigungsausgaben festhält, mit mehr Arbeits- und Ausbildungsplätzen in der wehrtechnischen Industrie“, meint Fröhlich.

Und was erwartet die Energiebranche? „Auch in der ersten Amtszeit von Trump ging der Ausbau der erneuerbaren Energien in den amerikanischen Bundesstaaten weiter“, sagt Jana Lüth vom Landesverband Erneuerbare Energien. Die mittelständische Wirtschaft im Land sei mit den erneuerbaren Energien sehr erfolgreich, zumal erneuerbarer Strom inzwischen günstig erzeugt werden könne. Lüth: „Wir gehen also davon aus, dass der Ausbau der Erneuerbaren auch mit einem amerikanischen Präsidenten Trump voranschreiten wird.“



Verband der Unternehmensverbände
in Hamburg und Schleswig-Holstein e.



Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) war vor Kurzem in Japan als „Bundeskanzler“ unterwegs.

ULRICH PERRY

„Bundeskanzler“ Daniel Günther in Japan

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident sorgte mit ungewöhnlicher Rede beim Neujahrsempfang des UV Nord für Lacher

Lars Haider

Hamburg. Es ist leicht als Politiker, Zuversicht, Hoffnung und Mut von den Bürgerinnen und Bürgern zu fordern. Nicht ganz so leicht ist es, das alles auch auszustrahlen. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther gelang auf dem Neujahrsempfang des UV Nord, der 100.000 Unternehmen mit 1,9 Millionen Mitarbeitern repräsentiert, beides. Der CDU-Politiker hielt (frei) eine Rede, die die geladenen Gäste im Hotel Atlantic so schnell nicht vergessen werden.

Was auch daran lag, wie Günther von einer Reise mit einer Wirtschaftsdelegation aus Schleswig-Holstein nach Japan erzählte, bei „der wir uns gewundert haben, wie zuvorkommend wir behandelt wurden. Überall, wo wir hinkamen, wurden wir von den höchsten Stellen empfangen“. Nun sei Schleswig-Holstein ein wichtiges Land, sagte Günther, aber so wichtig? Erst nach ein paar Tagen habe man den wahren

Grund für all die Aufwartungen und Ehren gefunden: Auf den Visitenkarten in japanischen Schriftzeichen, die Günther verteilte, war als seine Funktion nicht Ministerpräsident, sondern Bundeskanzler angegeben: „Gewundert hat mich nur, dass an den Orten, an denen wir waren, keiner Olaf Scholz kannte.“

Günther hatte an dieser Stelle genauso die Lacher auf seiner Seite wie bei der Feststellung, dass Holstein Kiel zu den wenigen Mannschaften in Deutschland gehöre, die noch nie aus der Fußball-Bundesliga abgestiegen seien (für alle, die sich mit Fußball nicht so auskennen: Kiel spielt in dieser Saison erstmals in der ersten Liga). Viel ernst gemeintem Applaus gab es, als der Ministerpräsident forderte, dass die Menschen in Deutschland angesichts der Veränderungen auf der Welt zusammenstehen sollten: „Ich finde es erschreckend, dass zum Teil das Gegenteil der Fall ist.“

Zur anstehenden Bundestagswahl am 23. Februar sagte er: „In

den nächsten vier Jahren haben die demokratischen Parteien die Chance, zu zeigen, dass sie es können. Ich erwarte von allen, dass sie wissen, welche Stunde geschlagen hat.“

In diesem Zusammenhang forderte Günther auch mehr Patriotismus ein: „Wir dürfen die deutschen Farben nicht der AfD überlassen.“ Und er ist sicher, dass es „unsere Kinder in 30 Jahren in Norddeutschland besser haben werden als wir heute“.

Tschentscher will Verordnungen massiv zusammenstreichen

Vor Günther hatte Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher die enge Zusammenarbeit der beiden Nordländer gelobt: „Ich freue mich auf den ersten Spatenstich für die Autobahn A20 – und ich sagen allen, die mit uns nach der Bürgerschaftswahl regieren wollen: Die A26-Ost wird zu Ende geplant und gebaut.“ Tschentscher kündigte an, dass er die Zahl der Verordnungen in Hamburg massiv zusammenstreichen

werde: „Viele Bauten werden künftig genehmigungsfrei sein.“

Um bundesweit die Infrastruktur zu retten, forderte er ein kaufmännisches Sondervermögen. Etwas, das Hamburg für seine geplanten Milliardeninvestitionen nicht brauche: „Wir können das aus unserer Liquidität bezahlen.“ Und ja, die wirtschaftliche Lage sei schwierig: „Das sagen wir fast jedes Jahr, aber diesmal stimmt es wirklich.“ Die Probleme würden auch nach der Bundestagswahl noch vorhanden sein, um sie zu lösen, „muss man die Nerven behalten“.

Der Präsident des UV Nord forderte in seiner Rede vehement einen „politischen Neustart“ direkt nach eben dieser Wahl: „Gleich am Morgen des 24. Februar muss es losgehen“, sagte Philipp Murmann und kritisierte: „Was uns im Weg steht, sind wir selbst: mit Bequemlichkeit und manchmal auch mit unserer eigenen Angst vor der Zukunft. Wenn die Luft dünner wird, muss man raus aus der Komfort-

zone. Dann heißt es: Fehler korrigieren. Unsere Infrastruktur zerfällt, wir binden uns die Hände mit hemmungsloser Bürokratie, gleichzeitig trifft uns der demografische Wandel mit voller Wucht, die Energiepreise gehen durch die Decke, wir überfordern und überfrachten den Sozialstaat, als gäbe es kein Morgen – als ob das nicht reichen würde – untergraben wir die Anreize für Arbeit und Leistung.“

Die Auflistung sei, so Murmann, leider nicht vollständig, und neu sei sie auch nicht: „Genau das ist Teil der Misere. Jeder weiß, dass wir kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem haben. Das wurde tausendmal erklärt, und tausendmal ist nichts passiert!“ Dabei sei Wirtschaft zu mindestens 50 Prozent Psychologie. „Mit Vertrauen und Zuversicht fängt es an. Die Devise muss lauten: Entfesselung der Kräfte! Raus aus dem Konsum! Rein in die Rendite, denn Investitionen in Deutschland zahlen sich aus!“, so Murmann.

Schleswig-Holsteinische Landeszeitung 18./19.01.2025

Plötzlich Bundeskanzler – wie Daniel Günther in Japan zu Ehren kam

Anekdoten und eine Warnung vor der AfD beim Neujahrsempfang des UV Nord

Guido Behsen

HAMBURG Köhlbrandbrücke, A26, Northvolt: Wenn die Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein, kurz UV Nord, zum traditionellen Neujahrsempfang ins Hotel „Atlantic“ an der Alster einlädt, stehen die großen wirtschaftlichen Themen auf der Tagesordnung. Daneben geht es bei einer solchen Veranstaltung aber immer auch um ein wenig gute Unterhaltung. Und da leistet Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel

Günther (CDU) gern seinen – inzwischen auch schon traditionellen – Beitrag.

Bei der 25. Auflage des Empfangs kam Günther auf seine Reise mit einer Wirtschaftsdelegation aus Schleswig-Holstein nach Japan im vergangenen Oktober zu sprechen. „Überall, wo wir hinkamen, wurden wir an höchster Stelle empfangen“, erinnerte er sich vor den mehr als 500 Gästen im „Atlantic“. Bei Mitsubishi sei sogar der CEO nach dem Eintreffen der Delegation noch eilig informiert worden, um an dem Termin teil-

zunehmen. „Meine Güte“, habe Günther gedacht, „so wichtig sind wir also.“

Seitenhieb Richtung Claus Ruhe Madsen

Wichtig? Ja. Aber so wichtig? Auch wieder nicht. Das habe sich tags darauf herausgestellt. Da habe man die Visitenkarten, die auf der Rückseite mit japanischen und chinesischen Schriftzeichen bedruckt gewesen seien, von einer KI-Anwendung scannen lassen. Günther: „Heraus kam, dass auf meiner nicht ‚Ministerpräsident‘ stand,



Weist sonst regelmäßig bundespolitische Ambitionen von sich: Daniel Günther beim Neujahrsempfang des UV Nord.

Foto: Ulrich Perry

sondern ‚Bundeskanzler!‘“ Schallendes Gelächter im großen Festsaal des Hotels.

Weil man der Technik nicht ganz getraut habe, sei auch noch eine Deutsche, die seit Jahren in Japan lebt, hinzugezogen worden. Die habe bestätigt: „Ja, das heißt Bundeskanzler.“

Mit den Worten „Gewundert hat mich nur, dass an den Orten, an denen wir waren, keiner Olaf Scholz kannte“, beendete Daniel Günther diese Episode unter erneutem Gelächter. Auch sein kleiner Seitenhieb in Richtung seines Wirtschaftsministers, der beim Empfang auf einen Schlips zum Anzug verzichtet hatte, kam in Hamburg gut

an: „Claus Ruhe Madsen trägt heute eine transparente Krawatte.“

Ernst wurde Daniel Günther vor dem Hintergrund des gleichzeitigen Besuchs von AfD-Chefin Alice Weidel im Hamburger Rathaus, gegen den in der Innenstadt mehr als 16.000 Menschen demonstrierten. „Es ist eine Tatsache, dass die AfD die Deutschlandfahne inzwischen als ihr Eigentum betrachtet“, sagte er und forderte in diesem Zusammenhang mehr Patriotismus ein: „Wir dürfen die deutschen Farben nicht der AfD überlassen.“

Gegenwind für AfD-Chefin Weidel

Kopfschütteln bei Wirtschaftsverbänden im Norden: „Realitätsferne Diskussion“ um Windenergie

Carlo Jolly

Die Ankündigung von AfD-Chefin Alice Weidel, für den Fall der Regierungsübernahme alle Windkraftanlagen abzureißen, hat in der Wirtschaft des Windenergievorreiters Schleswig-Holstein herbe Kritik ausgelöst. Zwar relativierte Weidel ihre Aussage später und wollte sie lediglich auf den Reinhardswald, ein Windprojekt in Hessen, bezogen wissen. Dennoch hagelte es gestern Kritik.

„Realitätsfern und eindeutig rückwärtsgewandt“ seien solche Ausstiegsszenarien, klagt Unternehmerpräsident Philipp Murmann vom UV-Nord: „Sowohl die Erzeugung von Windenergie als auch die Windindustrie sind aus Schleswig-Holstein nicht mehr wegzudenken.“ Sie entwickelten sich sogar zunehmend zu einem attraktiven Investitionsargument für das

Platte Debatte

MEINUNG



Carlo Jolly
joll@shz.de

Windräder weg: Was ein Donald Trump verlangen kann, ist also auch für Alice Weidel kein Problem. Zwar kassierte die AfD-Chefin

den grundsätzlichen Teil ihres Diskussionsbeitrags wieder, da war die schöne, populistische Debatte aber längst in der Welt.

An der Küste ist diese Diskussion längst nicht nur für Windmüller und Ökostrom-Enthusiasten eine Debatte von vorgestern. Unternehmensverbände und Wirtschaftskammern sehen grüne Energie längst als Investitionsargument und fragen, wo der Strom denn andernfalls kostengün-

tiger herkommen könnte. Dabei wird die Windkraft als Thema in der Bevölkerung so vielschichtig und kontrovers diskutiert, dass sie für platteste Debatten um das Niederreißen aller Windkraftanlagen nicht taugt. Richtig ist, dass die Windenergie allein als Beschäftigungsfaktor Kohle und Kernkraft längst hinter sich gelassen hat – eine Rückkehr zur Energieversorgung des vergangenen Jahrhunderts macht da keinen Sinn.

towertschöpfung angestoßen wurden. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft erklärte, die Windenergie bundesweit verringere mit ihrem 27-Prozent-Anteil am Stromverbrauch die Abhängigkeit von fossiler Energie und senke die Treibhausgasemissionen signifikant. Die Bundesnetzagentur nannte für 2024 einen Anteil von 31,9 Prozent oder 137,6 Terawattstunden an der Netto-stromerzeugung.

„Im Wahlkampf werden Forderungen oft zugespitzt“, erklärte AfD-Landeschef Kurt Kleinschmidt zu den Äußerungen seiner Parteichefin: „Die AfD ist grundsätzlich technologie-offen.“ Der Flächenverbrauch der Windenergie sei bedenklich. Deutschland brauche eine leistungs- und grundlastfähige Energieversorgung. „Dafür ist die Windkraft nicht geeignet, die Kernenergie dagegen schon“, so Kleinschmidt.

Land. Die Windenergie leiste einen essenziellen Beitrag für die Energiewende in ganz Europa.

„Insgesamt wären die Auswirkungen auf unsere gesamte schleswig-holsteinische Wirtschaft fatal“, sagt Energieexperte Björn Meyer von

der IHK Schleswig-Holstein. Allein in Schleswig-Holstein laufen demnach knapp 3200 Onshore-Windanlagen. Diese lieferten 54 Prozent der Stromproduktion Schleswig-Holsteins, Kohle und Gas eingerechnet, erklärte das Kieler Energiewendeministerium.

Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung kommt bereits 2020 zum Ergebnis, dass durch Windenergie an Land in Schleswig-Holstein volkswirtschaftliche Effekte von knapp 12.000 Beschäftigten und 1,3 Milliarden Euro Brut-

Lübecker Nachrichten 12./13.01.2025

Land rüstet sich gegen hybride Angriffe in Schleswig-Holstein

Experten alarmiert: Bedrohung durch Cyberattacken und Sabotage im Land wächst

VON MARCUS STÖCKLIN

KIEL/LÜBECK. Im Norden wird die Angst vor Angriffen auf die kritische Infrastruktur immer größer. Nach dem Angriffskrieg auf die Ukraine wachsen die Spannungen zwischen Russland und der Nato. Auch im Kieler Innenministerium ist man hochgradig alarmiert. „Wir müssen feststellen, dass die Gefahr einer hybriden Bedrohung größer geworden ist“, heißt es dort. „Rechtswidrige Aktionen ausländischer Personen und Staaten“ wie beispielsweise Spionage oder Sabotage seien deutlich wahrscheinlicher geworden, als dies noch vor wenigen Jahren vorstellbar gewesen sei.

Cyberangriffe, etwa auch auf Unternehmen und Einrichtungen im Norden, sind längst keine Seltenheit mehr, bestätigt Sebastian Schulze, Sprecher des Unternehmensver-

bandes „UV Nord“. Im September 2019 etwa erwischt es den Schwarzenbeker Hersteller von Maschinen zur Tablettenproduktion, die „Fette Compacting“. 800 Mitarbeiter konnten wochenlang nichts mehr produzieren, weil Hacker die IT lahmgelegt hatten. Im Januar desselben Jahres hatte ein kleines mittelständisches Unternehmen aus dem Kreis Segeberg 800.000 Euro Lösegeld per Bitcoin im Darknet zahlen müssen, damit seine Daten wieder entsperrt wurden. Die Ermittler vermuteten damals nordkoreanische Militärs hinter dem Angriff. Dazu kommen Angriffe auf kommunale IT-Netze sowie die Wasser- und Elektrizitätsversorgung, so hat es das Innenministerium in einem Bericht ans Parlament erläutert.

Der landeseigene IT-Dienstleister Dataport hat bereits eine „Support-Einheit“

aufgestellt und arbeitet zum Eigenschutz in einem norddeutschen Experten-Verbund gegen Cyber-Attacken mit. Doch nicht nur die IT, auch wichtige Brücken oder Straßen könnten sabotiert werden, warnen Sicherheitsexperten. Über den Industrieanlagen in Brunsbüttel, etwa einem Chemiewerk, wurden bereits feindliche Drohnen gesichtet.

Auch über Bundeswehr-Kasernen und Munitionslagern werden immer häufiger Drohnen gesichtet, berichtet „Der Spiegel“. Würden logistisch wichtige Versorgungslinien wie der Hamburger Elbtunnel lahmgelegt werden, drohten Versorgungsengpässe, warnen Experten. „Das ist möglich“, sagt etwa Sönke Marahrens, der fürs Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK) tätig ist. Die Palette hybrider Kriegsführung sei breit gefächert, von

Cyberangriffen über Desinformationskampagnen bis hin zu Sabotageakten. Jüngstes Beispiel: die Zerstörung von Datenkabeln in der Ostsee. Finnlands Außenministerin Elin Valtonen warnt vor vielfältigen Attacken im Ostseeraum – und sieht Moskau als Urheber.

In Kiel will man der Bedrohung mit „mehr Personal, besserer technischer Ausstattung und künftig umfangreicheren rechtlichen Möglichkeiten“ begegnen. Mit Bund, Bundeswehr und anderen Ländern gebe es eine enge Zusammenarbeit. Die Kontrolltätigkeit auf der Ostsee und in den Häfen sei erhöht worden. Die Landespolizei bekommt derzeit eine Drohnenabweereinheit. Und auch Unterwasserdrohnen wolle man beschaffen – um Schäden an kritischer Infrastruktur schneller entdecken zu können. **Seite 2**

Drei Tage krank – ohne Gehalt?

Ökonom Raffelhüschen sogar für längere Karenzzeit, auch der UV Nord will kurzfristiges „Blaumachen“ vermindern – Kritik vom DGB

Inga Gercke

Er hat noch einen draufgesetzt – oder besser zwei: Der Ökonom und gebürtige Niebüller Bernd Raffelhüschen (Foto) fordert nun drei Karenztage bei Krankheit. Damit befeuert er die Diskussion rund um die Wiedereinführung eines Karenztages, den Oliver Bäte (Foto), Chef der Allianz-Versicherung, in einem Interview mit dem Handelsblatt vorgeschlagen hat.

Als Grund für den Vorstoß führt Bäte den hohen Krankenstand an. Während eines Karenztages bekämen kranke Arbeitnehmer keinen Lohn. „Die Einführung eines unbezahlten Krankheitstages ist ein sinnvoller Vorschlag und sollte von der nächsten Regierung zügig umgesetzt werden“, sagt Raffelhüschen nun gegenüber der „Bild“. Und weiter: „Noch besser wären drei Karenztage. Auch das würde kein soziales Problem auslösen.“

Michael Thomas Fröhlich (kl. Foto), Hauptgeschäftsführer des



Allianz-Chef Oliver Bäte schlägt vor, dass Arbeitnehmer für den ersten Krankheitstag keinen Lohn bekommen. Foto: Imago Images

Misstrauen und Strafe

MEINUNG



Inga Gercke
ing@shz.de

Wer krank ist, bleibt zu Hause. Spätestens seit Corona ist diese Faustregel allen

bekannt. Doch bei den Vorschlägen zu den Karenztagen wurde sie wohl vergessen. Denn wer krank zur Arbeit geht, könnte andere anstecken. Das will niemand, schon gar kein Chef.

Genau das ist aber das Signal. Und es ist ein Zeichen des Misstrauens, da Erkrankte unter Generalverdacht stehen, blaumachen. Außerdem werden Arbeitnehmer finanziell bestraft, wenn sie krank sind. Misstrauen und Bestrafung können sich negativ auf das

Betriebsklima auswirken. Dadurch kann es wiederum zu hohen Krankenständen kommen. Und es setzt genau das ein, was verhindert werden soll. Hinzu kommt: Wer sich krank zur Arbeit schleppt, riskiert nicht nur, Kollegen anzustecken. Auch die Gefahr für Unfälle und Fehler steigt, was zu Produktivitätsverlusten führen und für die Unternehmen teuer werden kann.

Statt einer Bestrafungskultur sollten Unternehmen auf Prävention und Flexibilität

setzen. Programme zur Gesundheitsförderung und Homeoffice-Optionen könnten helfen, Krankenstände zu senken, ohne Arbeitnehmer zu benachteiligen. Die Maßnahme ist aber vor allem eins: unfair. Denn sie wird vor allem diejenigen treffen, für die jeder Tag auf dem Gehaltscheck von großer Bedeutung ist. Es betrifft Menschen, die es sich nicht leisten können, einen Tag Gehalt zu verlieren. Ein Konzernchef ist davon sicherlich nicht betroffen.

hinsichtlich der Arbeitskosten etwas entlasten“.

Laura Pooth (Foto), Vorsitzende des DGB Nord, nennt Bätes Vorschlag „unverschämte und in der Sache falsch“. Dabei bezieht sie sich auf eine Studie



der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die aussagt, dass die krankheitsbedingten Arbeitsausfälle in Deutschland kein Rekordniveau erreichen, wie behauptet. Daten der OECD zufolge fehlten Beschäftigte in Deutschland 2024 im Schnitt 6,8 Prozent ihrer Arbeitszeit wegen einer Krankheit – ähnlich dem Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2019.

„Die ohnehin überdrehte politische Diskussion wird so kurz vor der Wahl mit einer weiteren Neiddebatte angeheizt. Oliver Bäte stellt kranke Beschäftigte unter Generalverdacht, und die gehen noch mehr zur Arbeit als sonst“, so Pooth. Auch ohne diesen Vorschlag sei es ein weit verbreitetes Phänomen, sich krank zur Arbeit zu schleppen. Zudem schade ein Karenztag nicht nur der eigenen Gesundheit, sondern führe auch zur Anstreckung von Kollegen. „Die wirtschaftlichen Folgekosten sind etwa doppelt so hoch wie die Kosten krankheitsbedingter Fehlzeiten.“

Unternehmensverbands Nord, sieht in der Diskussion vor allem, wie belastend das Thema der hohen Krankenstände für die Wirtschaft sei.

Außerdem, und so klar wird der Allianz-Chef im polarisierenden Interview nicht: „Mit einem Karenztag in der Lohnfortzahlung könnte kurzfristi-

ges „Blaumachen“ sicherlich vermindert werden“, so Fröhlich. Er sagt aber auch, dass ein solcher Tag die Krankenstände nicht halbieren werde.

Vielmehr werde er „zu einer bewussteren Abwägung führen, ob man sich tatsächlich krankmelden müsse. Außerdem wird er die Unternehmen

Kieler Nachrichten 02.01.2025

Bürokratie: Nord-Wirtschaft fordert Befreiungsschlag

Blick auf 2025: Arbeitgeber und Forscher mahnen Entlastung an und verweisen auf Dänemark

VON ULRICH METSCHIES

KIEL. Zwei große Insolvenzen, Sorge vor US-Zöllen, Konjunkturlaute und zunehmender Bürokratie: Schleswig-Holstein startet in ein wirtschaftlich herausforderndes Jahr. So muss sich bis Ende Januar zeigen, ob es für die insolvente Wertengruppe FSG in Flensburg und Rendsburg noch eine Zukunft gibt. Zudem dürfte sich in den kommenden Monaten das Schicksal des Batterieherstellers Northvolt entscheiden, der dringend neue Geldgeber braucht – auch für den Bau der geplanten „Gigafactory“ bei Heide.

Vor diesem Hintergrund fordern Unternehmensverbände und Wirtschaftsforschung einen Befreiungsschlag in Sachen Bürokratie: „Erleichterungen würden dem Mittelstand sofort helfen“, sagt Klaus Schrader, Leiter des Bereichs Schwerpunktanalysen am Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW): „Da ist die Politik gefordert, in Brüssel,

Berlin und Kiel.“ Der Ökonom kritisiert etwa umfangliche Antragspflichten für Unternehmen, die in Schleswig-Holstein investieren oder bauen wollten: „Es ein Konvolut bürokratischer Auflagen, das sich am Ende auf der Kostenseite niederschlägt.“ Schrader sieht vor allem Dänemark als Vorbild: „Dort rollt man Investoren den roten Teppich aus.“ Dies sei eine völlig andere Denkweise als in Deutschland: „Mit Dänemark haben wir einen weltweiten Champion der Investitionsstandorte vor der Haustür. Da wäre es absurd, positive Lerneffekte nicht aufzunehmen.“

Auch der Arbeitgeberverband UV Nord fordert: „Der Dokumentationswahnsinn muss endlich ein Ende haben.“ Deutschland brauche mehr Arbeitsstunden in Wirtschaft, Bildung und Forschung, aber weniger in der Verwaltung, sagt UV-Nord-Präsident Philipp Murmann. Auch in Schleswig-Holstein müssten 2025 unbequeme Themen auf



Der Dokumentationswahnsinn muss endlich ein Ende haben.

Philipp Murmann, Präsident UV Nord

den Tisch. „Ganz oben auf die Agenda gehört eine umfassende Verwaltungs- und Strukturreform, bei der Doppelstrukturen eingespart werden.“

Aus Sicht der Nord-Wirtschaft bietet 2025 durchaus Chancen. Murmann: „Eine künftige Bundesregierung, die diesmal die Anliegen der Wirtschaft wirklich ernst nimmt, kann eine neue Standort euphorie entfesseln.“ Voraussetzung sei jedoch, das Arbeitsvolumen zu erhöhen,

das mit dem Ausscheiden der Babyboomer und den „leider immer noch geltenden Frühverrentungsmöglichkeiten mehr und mehr zum Standortnachteil wird“.

Weder Schrader noch Murmann sehen einen Grund, dass sich Unternehmen im Norden vor der Handelspolitik der künftigen US-Regierung fürchten müssten: „Nur weil Trump höhere Zölle angekündigt hat, muss es ja nicht so kommen“, sagt der IfW-Ökonom: „Auch im Sinne von ‚America first‘ wäre es keine gute Idee, Mauern hochzuziehen und sich aus der internationalen Arbeitsteilung zu verabschieden.“

Sollte es der EU allerdings nicht gelingen, einen Handelsdeal mit den USA zu vereinbaren, stünde für Schleswig-Holstein viel auf dem Spiel. Gerade Maschinenbau und Pharmaindustrie biete der US-Markt „reichlich ungenutztes Potenzial“.

» WIRTSCHAFT | 7

„Es ist fünf vor zwölf“

Am 23. Februar kommt es zu Neuwahlen – Was erhofft sich die Wirtschaft im Norden von einer neuen Bundesregierung?

VON MICHAEL DICK

LÜBECK. Henning Voigt möchte in Berlin klare Verhältnisse. „Wir hoffen auf eine starke Mehrheit für die CDU, die es ermöglicht, ohne Koalitionspartner zu regieren“, sagt der geschäftsführende Gesellschafter des gleichnamigen Logistikunternehmens. „Eine zu starke Fragmentierung der Stimmen im Bundestag führt zu einer lähmenden Handlungsunfähigkeit – das hat spätestens die Ampel-Regierung eindrucksvoll unter Beweis gestellt.“ Von einer unionsgeführten Regierung erwarte er, dass sie ihr Wahlprogramm konsequent umsetzt und den Fokus unverzüglich auf die Stärkung der Wirtschaft legt, um einen weiteren Abstieg des Wirtschaftsstandortes Deutschland abzuwenden. „Es ist fünf vor zwölf“, sagte er den LN.

Die Logistikbranche sei ein Frühindikator für die wirtschaftliche Lage. „Unsere Kunden, repräsentative Unternehmen aus allen Branchen in Schleswig-Holstein, melden flächendeckend Rückgänge bei Transport- und Logistikmengen von bis zu 30 Prozent und mehr – ein Rückgang, wie wir ihn in den vergangenen 30 Jahren nicht erlebt haben.“ Die Bundesregierung solle deshalb ein Sofortprogramm zur Förderung der Wirtschaft auf den Weg bringen, das neben der Senkung der Energiekosten auch Maßnahmen zur Beschleunigung von Investitionsvorhaben beinhalte. Dazu zählen steuerliche Anreize, die den Mittelstand stärken.

Es sei dringend erforderlich, wieder wettbewerbsfähige Energiepreise in Deutschland zu schaffen. „Ebenso müssen seit Jahren verschobene Infrastrukturprojekte sofort umgesetzt werden, beispielsweise der Ausbau der A20 mit westlicher Elbquerung sowie die Sanierung zahlreicher Brücken und Straßen“, meint der Familienunternehmer aus Neumünster. „Darüber hinaus sind unsere Verwaltungsprozesse

in weiten Teilen dringend modernisierungsbedürftig. Während auf Landesebene bereits Fortschritte erzielt wurden, hinkt der Bund massiv hinterher.“

Der Aspekt Logistik treibt auch das inhabergeführte Möbelhaus Franke Home Company aus Lübeck um. Das Unternehmen wünscht sich, dass die Lkw-Maut überprüft wird, die seit dem Sommer gilt. „Die Einführung der Maut für Nutzfahrzeuge mit einem technischen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen stellt für unsere Branche eine erhebliche Zusatzbelastung dar“, sagt Geschäftsführer Berndt Franke. „Insbesondere sehen wir eine Ungleichbehandlung im Vergleich zu Handwerksbetrieben. Unsere Mitarbeiter sind Tischler, keine Berufskraftfahrer. Sie liefern Köche und Möbel aus und montieren diese direkt bei unseren Kunden.“

Franke verweist auf einen Absatz des Bundesfernstraßenmautgesetzes, nach dem es Ausnahmen für Handwerkerfahrzeuge gibt. „Diese Ausnahmen müssen jedoch auch für Unternehmen gelten, deren Mitarbeiter mit der Auslieferung und Montage von Produkten befasst sind, da diese Tätigkeit mit handwerklichen Leistungen vergleichbar ist“, sagt der Unternehmer. „Wir appellieren dringend an die Politik, die Lkw-Maut-Regelung für Branchen wie unsere anzupassen, um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden. Eine Gleichstellung mit anderen Handwerkerfahrten ist aus unserer Sicht nur fair und gerechtfertigt.“

Ein weiteres Beispiel für vermeidbaren bürokratischen Aufwand betrifft aus Franke Sicht Krankmeldungen. Derzeit müssen Arbeitgeber die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen (AU) von den Krankenkassen abrufen. „Im digitalen Zeitalter wäre es wesentlich effizienter und zeitsparender, wenn Ärzte die Bescheinigungen direkt an die Arbeitgeber übermitteln könnten“, meint der Möbelhaus-Inhaber.

„Eine solche Regelung würde den Verwaltungsaufwand erheblich reduzieren und sowohl für Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer Vorteile bringen.“

„Wir wünschen uns Klimaschutz mit Augenmaß“, erklärt Maika Schwerdtfeger, Sprecherin des Bauernverbands Schleswig-Holstein. Die Landwirte wüssten, dass dieser wichtig sei, da „die Natur unsere Lebensgrundlage und damit unser wichtigstes Gut ist“. Doch der immer weiter voranschreitende Flächenverbrauch

Die kommende Bundestagswahl wird die letzte Chance sein, die vollständige Deindustrialisierung Deutschlands zu verhindern.

Michael Thomas Fröhlich, UV Nord

durch Straßen- und Trassenbau – Stichwort NordOstLink – sowie die Umwidmung von hervorragenden Acker- und Grünlandflächen für den Naturschutz bedeute nicht nur, „dass der Strukturwandel in der Landwirtschaft immer zügiger voranschreitet, sondern auch, dass immer weniger Flächen für die Produktion hochwertiger Nahrungsmittel zur Verfügung stehen“. Der Verband wünsche sich ein gemeinsames Vorgehen und kein „Durchgreifen“ per Ordnungsrecht.

An anderer Stelle möchte der Bauernverband ein Ende

des „deutschen Sonderwegs“. Schon die Einhaltung der Verordnungen und Richtlinien für die landwirtschaftlichen Betriebe, die die EU erlassen habe, bedeute „ein oftmals überbordendes Maß an Dokumentation und Kontrolle“. In Deutschland werden diese Vorgaben für die Landwirte nach Ansicht des Verbands noch verschärft – in allen Produktionsrichtungen wie Ackerbau, Schweinehaltung oder Milchproduktion. Dies führt zu deutlich höheren Standards in Deutschland. „Natürlich kann man sich immer höhere Standards wünschen“, sagt Schwerdtfeger. „Das höhere Qualitätsniveau in Deutschland wird aber schon jetzt nicht entsprechend entlohnt. Was bleibt sind zunehmende Wettbewerbsnachteile für unsere heimischen Landwirte im EU-Vergleich, aber auch international.“

Beim Arbeitgeberverband UV Nord sehen die Verantwortlichen schwarz. „Die kommende Bundestagswahl wird die letzte Chance sein, die vollständige Deindustrialisierung Deutschlands zu verhindern“, sagt Hauptgeschäftsführer Michael Thomas Fröhlich den LN. Der bereits laufende Vorgang liege an den „viel zu hohen Energiekosten, einem viel zu hohen Maß an Bürokratie und vor allen Dingen daran, dass die Industrie sowie die kleinen und mittleren Unternehmen in Schleswig-Holstein sich von der noch amtierenden Bundesregierung nicht hinreichend

wahrgenommen gefühlt haben, sondern ihnen mit Misstrauen begegnet wurde“.

Es ist nach Ansicht Fröhlichs Zeit, „unbequeme Wahrheiten“ wahrzunehmen. „Wir werden im Leben länger arbeiten müssen“, sagt er. Es gingen pro Jahr rund 270.000 Fachkräfte verloren – durch Frühverrentungsmodelle, durch die in Rente gehenden Babyboomer und durch die demografische Entwicklung insgesamt. Der Experte des UV Nord fordert daher, dass sowohl das Arbeitsrecht als auch im Dialog mit den Sozialpartnern die Arbeitszeit flexibilisiert werden. Es würde helfen, das Gros an Teilzeitarbeitskräften zu revitalisieren und zu versuchen, sie an den Arbeitsmarkt auch mit dem Ziel, Vollzeit zu arbeiten, entsprechend heranzuführen. „Wir brauchen auch eine Novelle der Bürgergeldreform“, sagt Fröhlich. „Wir dürfen das Bürgergeld nicht als verstecktes Grundeinkommen akzeptieren, das bedingungslos ausbezahlt wird, sondern immer nur als eine Arbeitsbrücke in den ersten Arbeitsmarkt fördern und fordern.“

Der Faktor Bürokratie beschäftigt auch Patrick Junge, Gründer der Lübecker Burger-Restaurantkette „Peter Pane“. Beim Bau eines Restaurants erhalte man keine Baugenehmigung mehr in der Regelzeit. „Wenn sie heute etwas beantragen, dauerte es früher drei Monate und heute mindestens ein halbes Jahr.“

Zudem muss die Arbeit eines Gastronomiebetriebs ausführlich dokumentiert werden. Dafür müsse er auch Angestellte beschäftigen, was bares Geld koste, sagt Junge. „Ich würde schätzen, dass wir da sicher in den sechsstelligen Bereich kommen.“

Von der zukünftigen Bundesregierung erhofft er sich eine „gewisse Stabilität“. Er erinnert sich diesbezüglich an sein Studium. „Ich glaube, es war die erste Vorlesung. Da ging es darum, dass die Grundlage für eine ökonomisch gute Situation Vertrauen ist.“



Michael Thomas Fröhlich, Hauptgeschäftsführer der Unternehmerverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein (UV Nord).

FOTO: DW

Bundestagswahl als „vielleicht letzte Chance“

Traditionelles Grünkohlessen des Unternehmerverbandes in Kiel: Sorge um fortschreitende Deindustrialisierung

VON ULRICH METSCHIES

KIEL. Man könnte das Ende der Ampel und die anstehenden Neuwahlen ja hoffnungsvoll deuten, auch mit Blick auf die Wirtschaft. Und das tut Philipp Murmann zunächst auch beim 57. Grünkohlessen der norddeutschen Unternehmensverbände am Dienstagabend im rappelvollen Kieler Yacht-Club. Mit den Neuwahlen, sagt der Präsident des Arbeitgeberdachverbandes UV-Nord, erhalte Deutschland die Chance für einen Neustart. Doch dann wird Murmann ziemlich düster: „Vielleicht ist es die letzte Chance, um die voranschreitende Deindustrialisierung zu verhindern.“ So schlimm?

Ja, so schlimm sieht es der Verbandschef. In seiner gut 45-minütigen Rede zeichnet Murmann ein Bild des Standortes Deutschland, das viele der rund 300 Gäste in Teilen sicher nachvollziehen können, das in seiner düsteren Gesamtansicht manchem aber wohl ein wenig auf den Magen schlagen dürfte. Grob zusammengefasst: Unser Wohlstand zerbröselte, wir arbeiten zu wenig, regulieren zu viel, sind zu wenig innovativ und zu teuer im Wettbewerb. Das Land werde verwaltet, statt gestaltet: „Wenn es so weitergeht, wird Deutschland auf dem Weltmarkt bald nur noch Dinge anbieten, die zu teuer sind und die niemand mehr haben will.“ Investitionen und zusätzliche Arbeits-



Kamen im Hotel Kieler Yacht-Club zusammen (von links): UV-Nord-Präsident Philipp Murmann, Carlo Masala, Professor für Internationale Politik an der Bundeswehr-Universität München, und Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (CDU). FOTO: THOMAS EISENKRÄTZER

plätze würden nur noch im Ausland realisiert. „Hohe Arbeitskosten, die Abgaben- und Steuerlast sowie das sinkende Arbeitsvolumen schaden dem Standort und unserer Wettbewerbsfähigkeit.“

Zahlreiche Nachrichten aus der gesamten Republik scheinen diese Sichtweise zu bestätigen. Der Arbeitskampf bei VW mit drohenden Werkschließungen, Jobabbau bei Ford und dem Stahlriesen Thyssenkrupp lassen alle Alarmsirenen tönen. Und in

Schleswig-Holstein sind die Konsequenzen zweier großer Insolvenzen – von Northvolt und der FSG-Wertengruppe von Lars Windhorst – noch längst nicht absehbar.

Doch Murmann geht es um mehr. Um als Standort wieder durchatmen zu können und den lähmenden Fachkräftemangel ernsthaft anzugehen, brauche Deutschland, ein neues gesellschaftliches Mindset, gerade zum Thema Arbeit. Dazu zählt der Arbeitgeberpräsident die Abschaffung aller

Frühverrentungsmöglichkeiten, genauso wie die Erhöhung der Wochen- und Lebensarbeitszeit. Arbeit brauche wieder mehr Wertschätzung: „Schon der Ausdruck Quality-Time für Freizeit ist verräterisch, suggeriert er doch, dass Arbeitszeit schlechte Zeit ist.“

Auf der Aktivseite der schleswig-holsteinischen Wirtschaftsbilanz verbucht Murmann den Auftrags- und Beschäftigungsboom in der wehrtechnischen Industrie. Letztlich könnte der auch den rund

500 Beschäftigten bei der Flensburger Schiffbaugesellschaft und bei Nobiskrug zugutekommen.

Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (CDU) macht deutlich, dass er Murmanns Analyse zwar in vielerlei Hinsicht teilt – etwa mit Blick auf marode Straßen oder Schienenwege – doch ist ihm die Bestandsaufnahme des Verbandschefs offensichtlich doch deutlich zu finstern: „Deutschland ist die drittgrößte Wirtschaftsation der Welt:

Also wo bitte bleibt da die breite Brust?“ In Zeiten der Herausforderungen helfe es nicht, Trübsal zu blasen: „Wir müssen die Dinge gemeinsam anpacken.“ Politik alleine könne die Probleme nicht lösen: „Wir müssen als Team Deutschland agieren und als Team Schleswig-Holstein.“ Plakativ nennt er die Northvolt-Insolvenz: „In Dänemark würde man jetzt fragen, wie es nun weitergehen kann. Bei uns sucht man als erstes Schuldige.“

77 Wenn es so weitergeht, wird Deutschland auf dem Weltmarkt bald nur noch Dinge anbieten, die zu teuer sind.

Philipp Murmann, UV-Nord-Präsident

Festredner ist der Münchner Politologe Prof. Carlo Masala. Seine Analyse der Sicherheitslage und deren Auswirkung auf Wirtschaft und Gesellschaft ist ebenfalls keine leichte Kost: „Russland denkt längst in den Kategorien eines dritten Weltkrieges.“ Dies bedeute nicht, dass Moskau die große nukleare Konfrontation wolle: „Aber Putin wird uns provozieren.“ Zum Beispiel durch die Einnahme eines estnischen Dorfes, in dem mehrheitlich Russisch gesprochen werde: „Wenn die Nato so etwas durchgehen lässt, ist sie kaputt.“

Schleswig-Holsteinische Landeszeitung 30.12.2024

Streit um Mindestlohn-Anhebung

Unternehmerpräsident Murmann: Steigerung verhindert Ausbildungen – Widerspruch von DGB-Chefin Pooth

Kay Müller

Zum 1. Januar wird er um 41 Cent auf 12,82 Euro die Stunde erhöht. Doch vor der anstehenden Bundestagswahl sprechen sich mehrere Parteien für einen Mindestlohn von bis zu 15 Euro die Stunde aus. Der Präsident der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein, Philipp Murmann, hält aber nichts davon. „Ein höherer Mindestlohn verhindert zusätzliche Ausbildung“, sagt er. „In der Regel wird unge-

lernten Arbeitskräften der Anreiz genommen, sich ausbilden zu lassen. Wer fürs Pizaausfahren einen Euro mehr pro Stunde bekommt, denkt weniger an sein Rentenkonto.“

Für die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) im Norden, Laura Pooth, ist das „eine steile These der Arbeitgeber, die durch nichts belegt ist.“ Weder habe der Mindestlohn für Entlassungen gesorgt noch verhindere er die Aufnahme einer Ausbildung. „Wäre das so, würden junge Menschen nach der

Schule lediglich eine Beschäftigung als Ungelernte suchen. Jugendliche sind aber nicht naiv und wissen sehr genau, dass sich eine Berufsausbildung lohnt“, sagt Pooth. In einem Unternehmen mit Tariflohn verdiene man nach einer Ausbildung deutlich mehr als Mindestlohn. „Der ist lediglich die unterste Halteleine und alles andere als ein behagliches Ruhekitchen.“

Murmann sieht aber ein weiteres Problem: „Ein steigender Mindestlohn hebt das gesamte Lohngefüge an. Und wir haben in Deutschland schon jetzt Kostenprobleme,

weil die Arbeitsproduktivität nicht in dem Maße wie die Löhne steigt.“ Im Wettbewerb mit anderen Ländern hätten damit deutsche Unternehmen einen Nachteil.

Pooth verweist darauf, dass Schleswig-Holstein seit Jahren wegen der wenigen Industriearbeitsplätze der Lohnkeller aller Flächenländer ist. „Lohndumping darf nicht länger ein Wettbewerbsvorteil sein. Faire Tariflöhne sollten bei Aufträgen von Kommunen und Land endlich selbstverständlich werden“, fordert die Gewerkschafterin.

Während Murmann eine Anhebung der wöchentlichen Arbeitszeit um eine Stunde verlangt, um dem Fachkräftemangel zu begegnen und die Produktion zu erhöhen, sagt Pooth: „Aus der Chefetage lässt sich leicht eine Erhöhung des Renteneintrittsalters fordern, aber für viele Beschäftigte in körperlich belastenden Berufen ist das blanker Hohn.“ Sie ist gegen eine Flexibilisierung der Arbeitszeitgrenzen, die Murmann fordert, und sagt: „Die Beschäftigten arbeiten schon am Limit.“

Interview – Seite 3

So viel Ökostrom wie noch nie – läuft es wirklich gut?

Wind und Sonne liefern immer mehr Energie, doch nicht alle sind zufrieden

Oliver Tobolewski-Zarina

In Schleswig-Holstein wird immer mehr Ökostrom gewonnen. Das geht aus den neuesten Zahlen des Kieler Umweltministeriums hervor. Demnach wurden 2023 rund 26 Terawattstunden aus Wind, Sonne, Biomasse und Wasser produziert – Strom für 7,5 Millionen Haushalte mit einem Verbrauch von 3500 Kilowattstunden pro Jahr.

Das Umweltministerium rechnet damit, dass in diesem Jahr noch mehr Strom durch erneuerbare Energien erzeugt wurde. Dies zumindest legen die Zahlen des ersten Halbjahres nahe. Fast 15 Terawattstunden wurden ins Netz eingespeist, 2023 waren es knapp 13 Terawattstunden. Rekorderneuerungen, Milliardeninvestitionen im ländlichen Raum und ein Hoch bei den Windkraft-Genehmigungen: „2024 war energiepolitisch ein starkes Jahr für unser Land“, sagt Energieminister Tobias Goldschmidt – und will daran anknüpfen.

Wer Andreas Luczak fragt, erhält ein durchwachsenes Bild zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Er ist Professor für Nachhaltige Energietechnologien an der Fachhochschule Kiel. Gemessen an den deutschen Klimaschutzziele würden immer noch zu wenig Solaranlagen montiert und Windräder aufgestellt, sagt er.

Bei den Photovoltaikanlagen habe es in den vergangenen zehn Jahren zwar eine deutliche Verbesserung gegeben, so Luczak, aber die Ausbaumenge liege immer noch etwa 25 Prozent unter dem, was erforderlich wäre, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Ein ähnliches Bild bei der Windenergie: Im Mittel seien seit 2013 deutschlandweit nur 25 Prozent der Windräder



Die Ökostrom-Erzeugung im Norden wächst – aber es könnte in mehrerlei Hinsicht besser laufen. Foto: Marcus Brandt/dpa

gebaut worden, die eigentlich benötigt werden. „Derzeit deuten hohe Angebotsmengen bei öffentlichen Ausschreibungen darauf hin, dass die Ausbaumenge in den nächsten Jahren zumindest etwas zunehmen wird“, sagt der Wissenschaftler.

„Es werden viel zu wenig Flächen für Windkraft ausgewiesen.“

Andreas Luczak
Fachhochschule Kiel

Das Problem beim Ausbau: die Verfügbarkeit von Flächen. „Es werden viel zu wenig Flächen für Windkraft ausgewiesen“, sagt Luczak. „In Kombination mit dem wenig attraktiven Vergütungssystem ist der Anreiz für Investoren und Projektentwickler nicht groß genug, um die notwendigen Mengen zu realisieren.“ Auch bei den PV-Anlagen komme man bei der Verfügbarkeit von Flächen an Grenzen, so Luczak.

„PV-Anlagen gehören auf Dächer oder auf Flächen, die landwirtschaftlich nicht so interessant sind“, sagt Klaus-Peter Lucht, Präsident des Bauernverbandes Schleswig-Holstein, mit Blick auf die 554 Freiflächenanlagen im Land und auf den nötigen Flächenausgleich, wenn ein Windrad aufgestellt wurde.

60 Prozent der Flächen haben Landwirte gepachtet. Wenn Investoren den Verpächtern mehr Geld bieten können, dann fehlen den Landwirten im Zweifel diese Flächen. „Das macht die Sache nicht einfacher.“ Lucht fordert deshalb, PV-Anlagen dort aufzustellen, wo es passt – vernässte Flächen zum Beispiel, „wo wir Strom erzeugen und für Biodiversität und Artenvielfalt sorgen.“ „Es muss ein kooperativer Weg sein“, sagt er – und meint damit auch, den Ökostrom zu verbrauchen.

2023 wurden immerhin 967 Gigawatt abgeschaltet. Zum Vergleich: Vier Jahre zuvor wurden noch mehr als 3300 Gigawatt abgeregelt. 2024, so das

Umweltministerium, sei das Niveau ähnlich niedrig.

„Es kann doch nicht sein, dass wir Windmühlen abschalten müssen“, sagt der Präsident des Bauernverbandes. Es wäre doch besser, wenn es Lösungen gäbe, den Strom auch vor Ort zu verwenden. „Das haben wir in den vergangenen Jahren verpasst, wir haben nur gesagt, wir brauchen erneuerbaren Strom.“ Lucht wünscht sich dafür einfachere gesetzliche Regelungen. Es sei eben nicht einfach, Wind- und Solarstrom für den Eigenbedarf zu nutzen – fürs Heizen, für den Melkroboter, der 24 Stunden läuft, oder für die Futtermittelproduktion.

Ähnlich sieht dies der UV-Nord: „Die Regionen, die sich wie Schleswig-Holstein erfolgreich auf den Weg gemacht haben, müssen davon zukünftig auch noch mehr Standort- und Wettbewerbsvorteile erhalten“, sagt Michael Thomas Fröhlich, Hauptgeschäftsführer des Verbandes – und ergänzt: „Als klimaneutrales Industrieland kommen wir an einer gesicherten Grundlast für eine stabile Wirtschaft nicht vorbei.“

Um die gesetzten energiepolitischen Ziele 2030 zu erreichen, „muss das hohe Zubau-niveau weiter gehalten werden“, sagt Marcus Hrach, Geschäftsführer des Landesverbandes Erneuerbare Energien. Damit das aber funktioniere, würden neue Flächen für die Windenergie gebraucht. „Diese neuen Flächen müssen jetzt so schnell wie möglich vom Land zur Verfügung gestellt werden“, so Hrach weiter.

➔ „Zuversicht wagen“ – ein Themenheft des Magazins „Schleswig-Holstein am Wochenende“, das sich der Energiewende, der Politik und dem Alltag widmet und heute dieser Zeitung beiliegt.

Schwarz-grüne WIRKLICHKEIT

CDU und CSU sind sich uneinig, ob sie nach der Bundestagswahl mit den Grünen regieren sollen.

In Düsseldorf und Kiel zeigt sich, dass ein solches Bündnis harmonisieren kann, wenn die Protagonisten einander vertrauen. Eine Garantie für erfolgreiche Politik ist das aber nicht

Ginge es nach Markus Söder, wäre die Sache längst vom Tisch. „Mit mir geht Schwarz-Grün nicht. Da kann sich auch jeder drauf verlassen“, versicherte der CSU-Chef bereits im Sommer. Es folgte im Herbst eine kleine Söder-Volte, nach der es nur „mit diesen Grünen“ nicht ging. Mit anderen vielleicht doch. Nun, kurz vor Weihnachten, ist die Sache für den CSU-Vorsitzenden wieder glasklar. „Es gibt kein Schwarz-Grün“, verspricht Bayerns Ministerpräsident auf seiner Lieblings-Plattform „Instagram“. Es dürfte selbst für den stets wendigen Franken eine heikle Aufgabe werden, seinen Wählern Ende Februar zu erklären, warum ein Bündnis mit der Öko-Partei womöglich doch eine Option sein könnte, um eine stabile Bundesregierung zu bilden.

VON ULRICH EXNER UND KRISTIAN FRIGELJ

Dass Söder in Erklärungsnot geraten wird, gegen neben den, etwas leiseren, exakt gegenteiligen Aussagen aus der CDU schon die Umfragen nahe. Zumindest ernsthafte Sondierungen mit der Partei von NoCh-Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck dürften für die Union nach dem 23. Februar schlechte Notwendigkeit sein, wenn man die eigene Verhandlungsposition gegenüber der SPD als möglicher Alternative stärken möchte.

Allen anderen denkbaren Optionen mangelt es entweder an der rechnerischen oder der politischen Grundlage. Ein Bündnis mit der abschar zweitstärksten Kraft im Bundestag, der Rechtsaußenpartei AfD, hat Friedrich Merz als Kanzlerkandidat der Union kategorisch ausgeschlossen. Eine Koalition mit dem BSW ist mit Blick auf die Außen- und Verteidigungspolitik ebenfalls undenkbar. Für eine Mehrheitsbildung mit der FDP wird es abschar nicht reichen.

Die Wahrscheinlichkeit, dass Union und Grüne nach dem Wahlabend am Verhandlungstisch landen, ist trotz Söders Verdikt groß. Weshalb es Sinn macht, einen Blick in jene Bundesländer zu werfen, in der die CDU bereits mithilfe der Grünen eine Regierung gebildet hat. Nach Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, wo CDU und Grüne jeweils seit Juni 2022 gemeinsam unter einem christdemokratischen Regierungschef arbeiten – und wo trotz der politischen und wirtschaftlichen Turbulenzen der vergangenen zweieinhalb Jahre nichts auf ein Scheitern dieser Bündnisse hindeutet. Im Gegenteil.

Hier wie dort loben die Beteiligten die Verlässlichkeit und die Kompromissbereitschaft der Partner und die Stabilität ihrer Regierungsmehrheiten. „Wir arbeiten daran, dass wir Lösungen für das Land finden, die jeweils auch für den anderen akzeptabel sind“, bilanzierte der Düsseldorfer Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) unlängst. Das sei „manchmal viel Arbeit, und manchmal anstrengend, überhaupt keine Frage, aber es ist immer schmerzfrei.“ Und Schleswig-Holsteins Vize-Ministerpräsidentin Aminata Touré (Grüne) beschreibt die Arbeit der Kieler Landesregierung im Gespräch mit WELT AM SONNTAG wie folgt: „Wir verbinden große gesellschaftliche Gruppen in diesem Land. Schwarz-Grün funktioniert reibungslos und trotzdem so, dass unsere jeweiligen Profile deutlich werden. Weil man die Konflikte nicht öffentlich austrägt, sondern intern eine Lösung findet und sie gemeinsam nach außen vertritt.“

Beide Bündnisse, das unterscheidet sie von der missglückten Ampel-Koalition, harmonisieren auch unter schwierigen Bedingungen. In Düsseldorf zum Beispiel bewies Schwarz-Grün Belastungsfähigkeit und Zusammenhalt ausgerechnet in seiner bisher größten Krise. Der islamistisch motivierte Messeranschlag eines Syyers in Solingen im August 2024, bei dem drei Menschen starben, barg erhebliches inneres Zersetzungs-potenzial. Doch beide Seiten einigten sich unter beträchtlichem Druck auf ein Sicherheitspaket, das vor allem den Grünen einiges abverlangte.

Die politisch verantwortliche Fluchtm-inisterin Josefine Paul (Grüne) klang danach im Düsseldorfer Landtag wie eine leibhaftige Konservative: „Rückführungen von denjenigen, die kein Aufenthaltsrecht erhalten – das gilt insbesondere für Straftäter und Gefährder –, müssen besser und vor allem sehr viel konsequenter gelingen“, sagte Paul. „Uns in unserer Art zu leben bedrohende, gewaltbereite und unsere demokratischen Werte verachtende Menschen müssen ausreisen. Dafür stehe ich. Dafür steht die gesamte Landesregierung.“

Gemeinsam mit Schleswig-Holstein und der von den Grünen angeführten

baden-württembergischen Landesregierung brachte Nordrhein-Westfalen als Reaktion auf das Solinger Attentat einen Entschließungsantrag in den Bundesrat ein. Unter dem Titel „Ordnung, Begrenzung und Humanität in der Migrationspolitik sicherstellen“ stellen die drei Länder darin Forderungen für ein strengeres Asylsystem, die weit über jene Kompromisse hinausgehen, die die Grünen in der Ampel-Koalition mitgetragen hatten.

Der Innenausschuss der Länderkammer hat das Papier sogar noch verschärft. Gefordert werden jetzt „sofortige umfassende Einreiseverweigerungen und Zurückweisungen an der Bundesgrenze“ und die „sofortige Leistungskürzung auf das physische Existenzminimum“. Widerspruch regt sich in Düsseldorf bisher nicht. Selbst ausgewiesene Grünen-Kritiker in der NRW-CDU zollen solchem Pragmatismus Respekt: „Ich halte grundsätzlich nicht viel von Schwarz-Grün, aber die handelnden Grünen-Politiker in NRW sind in maßgeblichen Fragen verlässlich und stehen auch, wenn es Gegenwind gibt“, sagt ein konservativer hinter vorgehaltener Hand.

Vertrauen, Verlässlichkeit, Stabilität – das sind auch in Schleswig-Holstein Begriffe, die fallen, wenn man Unionspolitiker nach Vor- und Nachteilen des schwarz-grünen Bündnisses fragt. Dort hatte Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) nach der Landtagswahl 2022 die Wahl zwischen einem schwarz-gelben und einem schwarz-grünen Bündnis. Der Christdemokrat entschied sich für die Grünen und begründete dies mit den enormen Herausforderungen, vor denen das Bundesland stehe. Um die Transformation Schleswig-Holsteins zum „ersten klimaneutralen Industrieland“ zu bewältigen, bedürfte es eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses. Dieses verkörpere das milieübergreifende Schwarz-Grün deutlich stärker als das politisch homogenere Schwarz-Gelb.

Günthers Problem: Er kommt auf diesem Weg nur mühsam voran. Das Vorzeigeprojekt der Landesregierung, der Bau einer Batteriefabrik an der Westküste, droht an der möglichen Insolvenz des schwedischen Northvolt-Konzerns zu scheitern. Zwar geben sich sowohl Günther als auch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck optimistisch, dass die Milliardeninvestition mit Verzögerung doch noch umgesetzt wird. Aber der Zweifel, ob die Verbindung von Ökonomie und Ökologie tatsächlich zu neuem Wachstum führen kann, der wird auch im Norden gehegt – und nährt die Skepsis gegenüber schwarz-grünen Koalitionen.

Markus Söder, seinem Kieler Kollegen Günther in gegenseitiger Abneigung verbunden, hat in dieser Woche bereits einen Northvolt-Untersuchungsausschuss im Bundestag gefordert. Auch die von Günther 2022 verschmähten Nord-Liberalen übten harsche Kritik. „In den entscheidenden Politikfeldern kommt hier nichts voran“, bilanziert FDP-Landeschef Christopher Vogt zur Halbzeit der Legislaturperiode. Statt zum „ersten klimaneutralen“ drohe Schleswig-Holstein zum „ersten industriefreien Klimaland“ zu werden. Hinzu kommen erhebliche finanzpolitische Herausforderungen. Nach den schlechten Nachrichten von der Westküste muss Schwarz-Grün eine 300-Millionen-Euro-Bürgerschaft für Northvolt auszahlen. Auf Pump. Die für 2025 geplante Nettoneuverschuldung, auch das ist Teil der schwarz-grünen Wirklichkeit, steigt damit auf fast eine Milliarde Euro.

Bemerkenswert: Die Wirtschaftsverbände der beiden Länder loben ihre Regierungen trotz aller Widrigkeiten. Schwarz-Grün arbeite „lautlos“ und unterscheide sich wohlthuend von der gescheiterten Ampel in Berlin, urteilt die Landesvereinigung der Unternehmensverbände NRW. Allerdings wünsche man sich für die zweite Hälfte der Regierungszeit „mehr Tempo“, etwa bei der Bürokratiebekämpfung und im Straßenbau.

Der Präsident der Vereinigung der Unternehmensverbände Hamburg und Schleswig-Holstein (UV Nord), Philipp Murmann urteilt: „In der aktuellen Gesamtsituation, in der sich die Bundesrepublik bewegt, sind wir froh und dankbar, dass jedenfalls die schwarz-grüne Koalition in Schleswig-Holstein nicht nur hält, sondern auch funktioniert.“ Murmann, von 2014 bis 2022 Schatzmeister der Bundes-CDU, rät seiner Partei: „Eine schwarz-grüne Koalition sollte nicht von vornherein ausgeschlossen werden.“ Wichtig sei allerdings, „dass die Ideologie von einer neuen Bundesregierung hintangestellt wird und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschafts- und Industriestandortes oberste Priorität hat“. Deutschland müsse fit für die Zukunft gemacht werden: „Das gilt für die gesamte politische Farbpalette.“

Viel Schwarz – wenig Grün

Halbzeitbilanz der Landesregierung: Wie die Union ihren Koalitionspartner dominiert

Henning Baethge

Monika Heinold war sehr zufrieden mit den Verhandlungsergebnissen ihrer grünen Partei. „Vor uns liegt ein Koalitionsvertrag, der nicht nur grün ist, sondern auch gut fürs Land“, freute sich die Grünen-Politikerin nach der Bildung des ersten schwarz-grünen Bündnisses in Schleswig-Holstein. Schon kurz zuvor hatte ihre Parteifreundin Aminata Touré für die Grünen verkündet: „Wir haben gezeigt, dass wir uns nicht unterbuttern lassen.“

Das war vor zweieinhalb Jahren. Inzwischen ist die Hälfte der Wahlperiode um, und manches hat sich verändert. Finanzministerin Heinold ist in den Ruhestand gegangen. Sozialministerin Touré ist nun auch stellvertretende Ministerpräsidentin. Und die Grünen im Norden haben sich unterbuttern lassen.

Das zeigt sich nicht nur an Beschlüssen der schwarz-grünen Regierung, sondern ist auch das ziemlich einhellige Bild, wenn man mit wichtigen Interessenverbänden im Land spricht.

„Farbenlehre verschoben“

„Die Verkehrspolitik ist in Schleswig-Holstein leider sehr von den autofixierten Interessen der CDU geprägt“, sagt der Sprecher des Verkehrsclubs VCD Nord, Jens Deye. Landesflüchtlingsratschef Martin Link kritisiert: „Aus unserer Sicht hat sich die Farbenlehre von Grün nach Schwarz verschoben.“ Und der Landesgeschäftsführer des Umweltverbands BUND, Ole Eggers, sieht die Grünen „am Katzentisch“ und klagt: „Der grüne Koalitionspartner ist einfach zu klein, um klare Kante zu zeigen.“



Koalitionspartner: Daniel Günther (CDU) und Aminata Touré (Grüne).
Fotos: Michael Staudt; dpa

Selbst diejenigen, die sich sonst schnell beschwerten, wenn sie finden, dass Grüne zu viel Einfluss gewinnen, sind verdächtig zufrieden. So sagt der Chef der Unternehmensverbände Nord, Michael Thomas Fröhlich: „Es ist immer noch eine schwarz-grüne Koalition und keine grün-schwarze – größtenteils prägt die Handschrift der CDU die Regierungsarbeit.“

Schleswig-Holsteins Bauernpräsident Klaus-Peter Lucht kann ebenfalls nicht klagen. „Wie in einer guten Fußballmannschaft wird auch eine Koalition maßgeblich durch ihren Kapitän geführt – in diesem Fall unseren Ministerpräsidenten Daniel Günther.“ Der CDU-Regierungschef sorge „für das notwendige Gleichgewicht“ und steuere nach, wenn es dem grünen Umweltminister Tobias Goldschmidt mal wieder „an Vertrauen in kooperative Maßnahmen fehlt“, die die Landwirte doch gern anboten.

Das Beispiel, das Lucht dafür nennt, ist auch das, an dem besonders deutlich geworden ist, wer Koch und wer Kellner in der Koalition ist: die Pläne für einen Nationalpark Ostsee. Minister Goldschmidt wollte sie durchsetzen, sie waren ein Vorzeigeprojekt für ihn – doch die Bauern, aber

auch Fischer und Touristiker fürchteten zu viele Verbote und Bürokratie. Als Günther dann sogar wegen der Pläne öffentlich ausgepöffelt wurde, sprach er ein Machtwort und kippte die Pläne.

Die Grünen mussten noch weitere Zugeständnisse an die Bauern machen. Es fing schon damit an, dass ihr Umweltminister die Zuständigkeit für die Landwirtschaft zum Start der Wahlperiode ans neue, CDU-geführte Agrarministerium abzugeben hatte. Später musste Goldschmidt den Bauern bei der Knickpflege entgegenkommen und seine Niederungsstrategie für eine Wiedervernässung von Mooren und anderen Flächen erst mal zurückstellen.

Auch in der Flüchtlingspolitik brachte Günther seine grüne Kollegin Touré wiederholt auf CDU-Kurs. Zuletzt trug sie vor einem Monat sogar eine Bundesratsinitiative mit, in der drei schwarz-grüne Länder noch schärfere Schritte gegen illegale Migration fordern als die Bundesregierung – und von der sich Touré und Schleswig-Holsteins Grüne auf einem Parteitag umgehend selbst distanzieren.

In der Verkehrspolitik war gar kein Machtwort von Günther mehr nötig: Schon im Koalitionsvertrag haben die Grü-

nen den von Umweltfreunden und Klimaschützern besonders stark kritisierten Weiterbau der Küstenautobahn A20 abgenickt. „Wir bekennen uns dazu, dass die A20, wie im Bundesverkehrswegeplan vorgesehen, auf der geplanten Trasse gebaut wird“, haben sie dort unterschrieben.

Die Dominanz der CDU heißt nicht, dass gar keine grüne Politik gemacht wird. Über den Ausbau der erneuerbaren Energien etwa sind sich beide Partner so einig, dass der Branchenverband LEE in seinem Halbzeitzeugnis für Schwarz-Grün ein ausdrückliches „Lob von unserer Seite“ ausspricht. Mit der ab Januar geplanten Solarpflicht auf Dächern von Neubauten haben sich die Grünen sogar mal ausnahmsweise durchgesetzt.

Auch auf der Schiene ist das Land mit der Entscheidung für den Einsatz von emissionsfreien Akkuzügen ein Vorreiter beim Klimaschutz. Und in der Ostsee soll trotz Scheiterns der Nationalparkpläne immerhin ein Achtel der Fläche unter strengen Schutz gestellt werden. Dennoch: In strittigen Fragen hat meist die CDU die Oberhand behalten.

CDU kann Partner tauschen

Das liegt vielleicht auch daran, argwöhnt Naturschützer Eggers, dass die Grünen trotz ihrer 18 Prozent Stimmen bei der Landtagswahl immer um ihre Regierungsbeteiligung fürchten müssen. Denn mit der FDP stünde zumindest theoretisch ein mit 6 Prozent zwar kleiner, aber möglicher anderer Koalitionspartner bereit, zu dem die 43 Prozent starke CDU bei zu viel Streit mit den Grünen wechseln könnte. Für Eggers wäre das bei aller Kritik an den Grünen noch schlimmer: „Dann hätten wir eine schwarz-gelbe Killerbienen-Koalition.“

Wieder mehr Gründer im Norden

Größtes Plus in Nordfriesland und Pinneberg: Minister Madsen sieht positives Signal in unsicheren Zeiten

Martin Schulte
und Carlo Jolly

Kleiner Gründerboom trotz schwacher Konjunktur im Norden: Bis Ende September sind 2024 in Schleswig-Holstein 2914 Betriebe gegründet worden. Das sind 2,7 Prozent mehr als in den ersten neun Monaten des Vorjahrs. Dabei gibt es große regionale Unterschiede (siehe Tabelle): Während die Zahl in Kiel um rund ein Drittel sank, melden Nordfriesland mit fast 16 Prozent

und der Kreis Pinneberg mit fast 15 Prozent die größten Zuwächse an neuen Unternehmen. 4166 Gründungen in Hamburg bedeuten indes einen leichten Rückgang von 2,6 Prozent gegenüber dem Rekordniveau des Vorjahres. In Schleswig-Holstein wurden auch mehr Betriebe aufgegeben als im Vorjahr – plus 14 Prozent auf 2679. Unterm Strich wurden nach den Zahlen, die das Statistikamt Nord gestern veröffentlichte, 235 Betriebe mehr gegründet als stillgelegt. Unternehmensverbandsprecher Sebastian Schulze

nannte den Trend „wirklich erfreulich. Trotz aktuell schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und im Moment noch wenig optimistischen Zukunftsaussichten wurden mehr Betriebe gegründet als aufgegeben“. Die Gründer glaubten an die Zukunft, eine konjunkturelle Erholung mit wirtschaftspolitischem Rückenwind könnte allen Unternehmen im Land zusätzlich helfen. Lediglich der Anstieg der Betriebsaufgaben trübe das Bild ein wenig. Die Zahlen ließen keine Rückschlüsse auf zusätzli-

Gewerbeanzeigen in den ersten drei Quartalen 2024

	Gesamtzahl (links) und Veränderung zum Vorjahr in % (rechts)
Flensburg	85 -17,5
Kiel	150 -33,6
Lübeck	212 5,0
Neumünster	80 11,1
Dithmarschen	119 8,2
Herzogtum Lauenburg	188 9,9
Nordfriesland	285 15,9
Ostholstein	256 13,3
Pinneberg	370 14,9
Plön	74 -22,1
Rendsburg-Eckernförde	233 5,4
Schleswig-Flensburg	174 1,8
Segeberg	285 4,8
Steinburg	98 -15,5
Stormarn	305 7,4
Schleswig-Holstein	2914 2,7

Quelle: Statistikamt Nord **sluz**-Grafik

che Jobs oder Umsatzgröße zu, heißt es im Kieler Wirtschaftsministerium. Dort sorgt man sich mehr um die ungelöste Nachfolge in vielen Unternehmen. Dennoch sagt Minister Claus Ruhe Madsen: „Die leichte Steigerung der Gewerbeanmeldungen ist ein positives Signal gerade in diesen unsicheren Zeiten. Aber wir wollen die Bedingungen für Gründungen noch weiter verbessern.“ Die Entscheidung für oder gegen eine Gründung oder Nachfolge hänge in großem Maße von den bürokratischen Hürden ab.

Insolvenz nur eine Frage von Tagen?

„Financial Times“ zur Zukunft von Northvolt: Entscheidung über Gläubigerschutz oder Konkurs steht kurz bevor

VON ULRICH METSCHIES
UND ULF CHRISTEN

KIEL. Die Geldsorgen des schwedischen Batterieherstellers Northvolt werden immer drängender. Wie die „Financial Times“ mit Verweis auf „Insider“ berichtet, erwägt das Unternehmen Gläubigerschutz nach dem US-amerikanischen Verfahren Chapter 11 anzumelden – oder sogar Insolvenz. Die Zukunft von Northvolt werde sich wohl „in den kommenden Tagen entscheiden“.

Demnach seien Gespräche über ein Rettungspaket gescheitert. Allerdings: Solche Informationen sind mit Vorsicht zu behandeln. Schließlich könnten die „Insider“ auch Verhandlungsteilnehmer sein, die öffentlich Druck aufbauen wollen, um ihre Position zu stärken.

Auf dem Spiel steht demnach nicht nur eine von China unabhängige europäische Produktion von Batteriezellen für E-Autos, sondern auch der Bau von „Northvolt Drei“ – der „Gigafactory“ bei Heide mit bis zu 3000 Jobs – sowie die Auszahlung von mehr als 700 Millionen Euro Staatshilfen aus Berlin und Kiel.

Nach Informationen der Kieler Nachrichten will die Landesregierung in den nächsten Wochen die im Vorjahr zugesagten Fördermittel von 137 Millionen Euro für die Batteriefabrik überweisen.



Da war der Optimismus noch groß: Northvolt-Chef Peter Carlsson beim feierlichen Baustart für Northvolt Drei, die große geplante Batteriefabrik bei Heide. FOTOS: ULF DAHL

Das Geld soll aus einem Ukraine-Notkredit kommen, der Ende 2024 verfällt. Länger verfügbar sind die Bundesmittel, insgesamt 564 Millionen Euro. Sie sind im Bundeshaushalt eingeplant und sollen, wenn das Projekt vorankommt, in den nächsten Jahren ausbezahlt werden. Northvolt kämpft seit Mona-

ten mit Problemen. Zum einen steckt der Markt für E-Autos in der Flaute. Zudem gestaltet sich das Hochfahren des Stammwerkes im nordschwedischen Skellefteå schwieriger als erwartet.

Das Unternehmen hatte rund ein Viertel der Arbeitsplätze in Schweden abgebaut und die Arbeit an einer Reihe

von Projekten zurückgefahren. Northvolt lehnt es weiter ab, „Spekulationen zu kommentieren“. Die Gespräche mit Anteilseignern und anderen Beteiligten würden fortgesetzt. Der größte Investor bei Northvolt kommt aus Deutschland: Volkswagen hält gut ein Fünftel der Anteile.



„Wir gehen davon aus, dass die Gespräche mit Investoren weiterlaufen.“

Thomas Fröhlich, Arbeitgeberverband UV Nord

„Zu Northvolt gibt es keinen neuen Stand“, heißt es dazu aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Man sei „mit allen Beteiligten im Austausch“ und unterstütze „unverändert das Projekt in Heide“. Bislang seinen keine staatlichen Zuwendungen an Northvolt geflossen. Auch die Staatskanzlei in Kiel versucht weiter, den Ball flach zu halten. „Das Land sieht weiterhin die Notwendigkeiten für den Aufbau einer souveränen Batteriezellproduktion“, so eine Sprecherin. Voraussetzung für ein Gewähren und Auszahlen von Fördermitteln sei weiter, „dass die finanz- und betriebswirtschaftlichen Verhältnisse im Einklang mit den förderrechtlichen Vorgaben stehen“.

Dennoch wächst in der Opposition im Kieler Landtag die

Sorge. „Die anhaltend negativen Botschaften über den Mutterkonzern in Schweden sind sehr beunruhigend“, sagt FDP-Fraktionschef Christopher Vogt. Die Landesregierung müsse jetzt dazu beitragen, dass die Ansiedlung bei Heide dennoch ein Erfolg werde. Gleichzeitig müsse sie gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsministerium sicherstellen, „dass die Fördervoraussetzungen tatsächlich erfüllt werden und das Steuergeld nicht verloren geht“.

Die Wirtschaft in Schleswig-Holstein bleibt offenbar vorsichtig optimistisch. „Wir gehen davon aus, dass die Gespräche mit Investoren weiterlaufen“, sagt Thomas Fröhlich, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes UV Nord. „Aber selbst im schlimmsten Fall würde ein Chapter-11-Verfahren nicht das Aus für Heide bedeuten.“

Das Chapter-11-Verfahren nach US-amerikanischem Recht ähnelt der deutschen Insolvenz in Eigenverwaltung. Meist behält das bisherige Management die Kontrolle über das Tagesgeschäft. Forderungen der Gläubiger können nicht sofort vollstreckt werden. Ausländische Tochterfirmen werden nicht zu einer Folgeinsolvenz gezwungen. Dieser Punkt könnte für Schleswig-Holstein besonders wichtig sein: Die Batteriefabrik Heide gehört einer eigenständigen GmbH.

Schleswig-Holsteinische Landeszeitung 16./17.11.2024

„Abstieg“ – Wirtschaft schlägt Alarm

Kieler Ökonom Stefan Kooths: Deutschland ist die lahme Ente der Weltwirtschaft

Guido Behsen

Die Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein (UV Nord) und der Industrieverband Hamburg (IVH) fordern mit Blick auf die Wahl am 23. Februar eine „belastbare politische Weichenstellung für den Wirtschafts- und Industriestandort“. Ohne eine Reformagenda könne die Deindustrialisierung nicht aufgehalten werden.

„Deutschlands Wirtschaft befindet sich weiterhin auf dem Abstieg“, sagt der IVH-

Vorsitzende Andreas Pfannenbergl und ergänzt: „Auftragsrückgang und Investitionszurückhaltung sind auch bei unseren Hamburger Industrieunternehmen deutlich spürbar.“

Tatsächlich sind die Zahlen alarmierend. „Im Euroraum ist das Produktivitätswachstum erschreckend schwach“, befand etwa Johannes Hoffmann, Leiter der Abteilung Internationale und europäische Wirtschaft der Bundesbank. Während die US-Wirtschaft inzwischen wieder auf einem Wachstumskurs wie zu Zeiten vor der Corona-Pande-

mie sei, liege Europa deutlich dahinter zurück. „Die Produktivität ist in den USA viermal so hoch wie in der EU“, so Hoffmann.

0,4 Prozent Wachstum – aber kein Aufschwung

Mit Blick auf Deutschland wurde Stefan Kooths vom Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) noch deutlicher. „Deutschland ist die lahme Ente der Weltwirtschaft“, urteilt der Ökonom. „Konjunktur lahmt, Politik lahmt, Wachstum leidet – so stellt sich die Wirtschaftslage im

Telegrammstil dar.“ Die Rezession, in der sich Deutschland de facto aktuell befindet, schlage mit rund 160 Milliarden Euro weniger Wirtschaftsleistung und damit 80 Milliarden Euro weniger im Staatshaushalt zu Buche. Zwar prognostiziert der Kieler Experte für 2025 ein Wachstum von 0,3 bis 0,4 Prozent. Wissenschaftlich spreche man in diesem Fall von Erholung, aber es sei falsch, das mit Aufschwung gleichzusetzen. „Dafür gibt es keine Indikatoren.“

Er forderte ein radikales Umdenken in der Wirtschaftspolitik. Statt immer

neue Beschäftigungsprogramme aufzulegen, müssten die Arbeitskräfte produktiver und der Standort für qualifizierte Zuwanderung attraktiver werden. Neben „weniger Regulierungen statt Umverteilungsbürokratie“ brachte Kooths auch Privatisierungen von Autobahnen, Schiene oder Hochschulen ins Spiel.

UV-Nord-Präsident Philipp Murmann forderte „Mut in der Politik zu mutigen politischen Entscheidungen“. Man müsse sich „gegen Konsum und für Investition“ entscheiden, damit die deutsche Wirtschaft Fahrt aufnimmt.

Klimaneutrales Industrieland?

WISSENSCHAFT UND WEHRTECHNIK Moritz Schularick vom Institut für Weltwirtschaft erklärt den Landtagsabgeordneten, wie Schleswig-Holstein Vorbild für die deutsche Wirtschaft werden kann



Die Klima-Krise vor unserer Tür

Kay Müller

Gleich zu Beginn räumt Moritz Schularick erstmal den Begriff ab, den die schwarz-grüne Koalition zu ihrem Motto erklärt hat: „Ich würde das erste klimaneutrale Industrieland, zu dem Schleswig-Holstein werden soll, durch den Begriff ‚klimaneutrales Technologie-land‘ ersetzen“, sagt der Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel im Wirtschaftsausschuss des Landtags. Das sorgt vor allem bei den Abgeordneten von CDU und Grünen für Widerspruch, die nicht wie der Professor mit dem Wort „Industrie“ vor allem „Nostalgie“ verbinden. Doch auch sie hören Schularick aufmerksam zu, schließlich haben sie den Volkswirt eingeladen, um mit ihm und anderen Experten ein Fachgespräch über die wirtschaftliche Zukunft des Landes zu führen.

Standort Deutschland ist ins Hintertreffen geraten

Dabei geht der Wirtschaftswissenschaftler in die Vollen. „Es muss sich viel verändern, damit alles so bleiben kann, wie es ist“, sagt Schularick. Denn in Deutschland werde noch immer viel geleistet und erfunden, aber: „Es geht dabei um die beste Technologie des letzten Jahrhunderts und nicht um die des jetzigen Jahrhunderts.“ Denn was Innovationen bei der künstlichen Intelligenz, der Bio-, Digital- oder anderer Hochtechnologien angehe, sei der Standort gegenüber Indien, China oder Indonesien ins Hintertreffen geraten. Und auch wenn Schleswig-Holstein als Industrie-armes Bundesland davon nicht so stark betroffen sei, ist die Produktion auch hier zurückgegangen. „Wir sind mitten in einem Transformationsprozess“, sagt der Professor, für den klar ist, worauf Schleswig-Hol-



ChemCoastPark Brunsbüttel: Auch hier wird an der Klimaneutralität gearbeitet. Foto: Imago Images



„Es geht nicht darum, Stahl an irgendwelchen Fregatten zusammenzuschweißen, sondern um Hochtechnologie.“

Moritz Schularick
Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel



„Jeder Arbeitsplatz in der Industrie zieht im Schnitt zwei in den nachgelagerten Bereichen nach sich.“

Michael Thomas Fröhlich
Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Nord

stein setzen sollte. „Neben der digitalen oder Umwelt-ist das vor allem die Wehrtechnik.“ Denn dort sei in den nächsten zehn Jahren ein Zuwachs an staatlichen Investitionen von jährlich ein bis zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erwarten. „Das sind 800 Milliarden für Verteidigung und Sicherheit“, rechnet Schularick vor. „Und dabei geht es nicht darum, Stahl an irgendwelchen Fregatten zusammenzuschweißen, sondern um Hochtechnologie.“

Natürlich muss der Professor dann noch auf den Ausbau des Wissenschaftsstandortes Schleswig-Holstein pochen, der gemeinsam mit Start-ups dafür sorgen könne, dass Schleswig-Holstein zu einer Vorzeigeregion in Deutschland werden könne. Dafür fordert Schularick weniger Regularien und hat sofort Michael Thomas Fröhlich an seiner Seite. Der Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände (UV) Nord erklärt, dass sich die Industrie in Deutschland zwar nicht besonders

wohlfühle, das sei im Norden aber etwas anders. „Es gibt hier einen Patriotismus für den Standort.“ Das gelte auch und gerade für die Rüstungsindustrie, in der Fröhlich wie Schularick enorme Entwicklungspotenziale sieht. „Und jeder Arbeitsplatz in der Industrie zieht im Schnitt zwei in den nachgelagerten Bereichen nach sich.“

Der UV Nord stehe zum Ziel der Landesregierung, Schleswig-Holstein bis 2040 klimaneutral zu machen, appelliert aber an die Abgeordneten, die vielen kleinen und mittleren Unternehmen beim „Einsatz ressourcenschonender Produkte“ nicht zu überfordern. Außerdem sei es für den Aufschwung nötig, das Arbeitsvolumen in allen Bereichen zu erhöhen. Alle müssten länger und flexibler arbeiten. „Wir müssen die Ärmel hochkrepeln“, sagt Fröhlich.

Dagegen hat Laura Pooth prinzipiell nichts einzuwenden, aber die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds im Norden setzt dabei auf tarifliche Regelungen, um die Beschäftigten so lange es geht, gesund zu erhalten. Dann gebe es die Chance, Schleswig-Holstein zu einer weltweiten Modellregion zu machen. Allerdings seien da-

für große Investitionen nötig, erklärt Pooth und zitiert Schularick, der das ebenfalls fordert. Die Gewerkschafterin appelliert vor allem an die Abgeordneten von CDU und FDP, „die Sparschweimentalität“ zu beenden, um die Schuldenbremse zu reformieren, und so die für den Umbau der Wirtschaft nötigen 600 Milliarden Euro über Kredite finanzieren zu können.

Überschuss an erneuerbarer Energie als Standortvorteil

So richtig mag da an diesem Tag niemand drauf einsteigen. Stattdessen setzen sie darauf, dass der Norden durch seinen Überschuss an erneuerbarer Energie einen Standortvorteil für klimaneutrale Technologiekonzerne habe. Den gelte es zu nutzen, indem der Staat möglichst viele bürokratische Hürden abbaut, meint Marcus Hrach vom Landesverband für Erneuerbare Energien. Nur dann könne ausreichend Strom für neue Technologien erzeugt werden. „Wir brauchen einen positiven Geist des Ermöglichens“, sagt Hrach.

Bei Moritz Schularick hört sich das dann so an: „Es muss das Motto gelten: Bei uns ist alles möglich, was nicht explizit verboten ist, und das wird morgen gemacht.“ Auf welchen Ebenen das Land diesen Bürokratieabbau ohne den Bund leisten soll, sagt er aber nicht. Nur eines sei klar, dass die Menschen sich anpassen müssten: „Wir haben Vollbeschäftigung und Fachkräftemangel: Wann sollen wir den Strukturwandel angehen, wenn nicht jetzt?“

Und wenn der zu schaffen ist, dann dürfte auch den Koalitionspolitikern egal sein, ob Schleswig-Holstein ein klimaneutrales Industrie- oder Technologieland wird.

➔ Neues zu Klima-Themen gibt es in unserem kostenlosen Klima-Newsletter. Anmeldung unter shz.de/klima-newsletter oder scannen Sie den QR-Code.

